

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Bitte Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rösenischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.  
Verzinsungsanfragen und Arbeitsvermittlungen 80 Pfg.  
Veranstaltungsanfragen 15 Pfg.

## Ehret die Alten!

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist am 1. Juli 1889 ins Leben getreten, sein 25jähriges Jubiläum kann er also erst in einigen Jahren feiern. Bei der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes handelte es sich aber nicht um die Neuschaffung einer gewerkschaftlichen Organisation, sondern um die Verschmelzung der damals bestehenden Verbände der Wirtenmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler, denen sich später noch eine Anzahl anderer Verbände anschlossen. Die bedeutendste und älteste der Organisationen, die sich zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammenschlossen, war der Deutsche Tischler-Verband, der zu Weihnachten 1888 gegründet wurde und der zunächst eine Verbindung bereits bestehender lokaler Fachvereine war.

Die Erinnerung an die erste Kindheitszeit unserer Organisationsbestrebungen ist in der heutigen Generation nicht mehr sehr lebendig. Kein Wunder! Dem Arbeiter ist kein langes Leben beschieden; das Gros der Mitglieder des Verbandes ist noch nicht so alt, als daß die einzelnen aus eigener Erinnerung die Schwierigkeiten kennen könnten, welche unsere Organisation und ihre direkten Vorläufer in den ersten Jahren ihres Daseins zu überwinden hatten. Die alte Organisation der Holzarbeiter war im Jahre 1878 durch das Sozialistengesetz schmachtvoll angeordnet vernichtet worden. Jede Verbindung unter der Kollegenschaft hatte aufgehört; die Polizei wachte eifersüchtig darüber, daß keine neuen Arbeiterorganisationen ins Leben traten. Der erste Schrecken des Sozialistengesetzes mußte erst überwunden werden, ehe man hier und da an einzelnen Orten den Versuch wagen konnte, gewerkschaftliche Vereine auf lokaler Grundlage zu errichten.

Es mußte von Grund auf neu gebaut werden; die alten Organisationen waren so gründlich vernichtet worden, daß von Anknüpfungspunkten an das früher Bestehende kaum ernstlich die Rede sein konnte. Damals gehörte ein felsenfester Glaube an die Sieghaftigkeit der Gewerkschaftsidee, eine begeisterungsvolle, opferfreudige Hingabe an die Sache dazu, sich der Agitation für die Gewerkschaft zu widmen. Die Agitatoren konnten nicht, wie heute, auf die Leistungen und die Erfolge des Verbandes hinweisen, um die Zögernden zum Anschluß und zur Mitarbeit zu bewegen. Die Werbemittel bestanden hauptsächlich in Wechsellagen auf die Zukunft. Das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen mußte erst geweckt und lebendig gemacht werden. Dabei galten die Gewerkschaften als eine Gesellschaft von Verfehmten. Nicht nur, daß das Unternehmertum der Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzuwirken bemüht war, viel schwerer noch war der Druck der Polizei.

Wenn die jungen Arbeiterorganisationen auch nicht mehr, wie unmittelbar nach Erlaß des Sozialistengesetzes, ohne weiteres unterdrückt wurden, so führten sie während der ganzen Geltungsdauer jenes Gesetzes, also bis zum Jahre 1890, doch nur das Leben der Gebuldeten. Und es war keineswegs eine wohlwollende Duldung, welcher sich die Gewerkschaften in jener Zeit erfreuten. Nicht nur, daß die Versammlungen ständig von der Polizei überwacht wurden, die häufig den Unternehmern alles das überbrachte, was für sie wissenschaftlich war, auch die Funktionäre der Organisation erfreuten sich einer ganz besonderen polizeilichen Fürsorge. Haussuchungen und willkürliche Verhaftungen, Anklagen und schwere Bestrafungen um nichts sagender Dinge willen, gehörten durchaus nicht zu den Seltenheiten. Ueber jedem Fachverein, über jeder Verbandszahlstelle schwebte fortgesetzt das Damoklesschwert der Auflösung. Und manchmal lausete es vernichtend herab. Eine ganze Reihe unserer heutigen Verbandszahlstellen dürfte unter ihren Vorgängern einen auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelösten Fachverein oder eine der Verfolgungswut der Polizei zum Opfer gefallene Zahlstelle zählen.

Im Laufe der Jahre hatte man es gelernt, sich der sozialistengesetzlichen Polizeipragis anzupassen. Statt abzuschrecken, hatte die Verfolgungswut der Behörden unter der Arbeiterkraft den Geist des Widerpruchs geweckt. Notgedrungen mußte die Polizei in den letzten Lebensjahren des Sozialistengesetzes der gewerkschaftlichen Betätigung ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit gestatten, das auch von den Tischlern fleißig ausgenutzt wurde. Beim Abbruch des Sozialistengesetzes zählte der Deutsche Tischler-Verband 17 500 Mitglieder in 214 Zahlstellen, während es zwei Jahre zuvor erst 7300 Mitglieder in 78 Zahlstellen gewesen waren. Im letzten Drittel der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist also eine recht große Zahl neuer Zahlstellen gegründet worden.

Selbster ist ein Vierteljahrhundert verfloßen; in vielen Orten ist in letzter Zeit das Jubiläum der Organisationsgründung festlich begangen worden, in anderen steht diese Feier noch bevor. In dieser Zeit der Jubiläum feiert man gern den Blick nach rückwärts. Bei den festlichen Veranstaltungen an den einzelnen Orten läßt man die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der örtlichen Organisation Revue passieren. Die junge Generation wird an die Kleinen, unscheinbaren Anfänge erinnert; ihr wird die Entwicklung des Verbandes im ganzen und speziell am Festort vor Augen geführt. Das wirkt anfeuernd auf die Jungen, von denen sich wohl mancher gelobt, den Alten nachzueifern, die durch Opfermut und Begeisterung dazu beigetragen haben, daß der Verband das wurde, was er jetzt ist: Eine leistungsfähige Organisation zur Wahrung der Interessen der Holzarbeiter.

Unsere Arbeiterbewegung ist eine Massenbewegung. Nicht der Wille und das Tun des einzelnen ist das Entscheidende, das Wollen und die Tatkraft der Masse ist bestimmend für unsere Erfolge. In dieser großen, namenlosen Masse ist aber gar mancher, der vielleicht heute bescheiden zurücksteht, der aber, als es galt, in hervorragendem Maße seine Pflicht getan hat. Daß sie wackere, tüchtige Kämpfer im Dienste unserer Organisation waren und noch sind, darf man ohne weiteres von allen Kollegen annehmen, die seit Jahrzehnten ununterbrochen der Organisation die Treue gewahrt haben. Die Fluktuation in unserem Verbands ist allmählich geringer geworden, sie ist aber immer noch recht groß. Viele Kollegen verlassen nach kürzerer oder längerer Mitgliedschaft ihre Organisation, um sich später von neuem ausfinden zu lassen. Passiert das jetzt noch in so vielen Fällen, so war diese Erscheinung früher, wo unsere Unterstüßungsanstaltungen noch nicht so ausgebaut waren, wie es heute der Fall ist, noch viel häufiger. Wer trotzdem in Freud und Leid und ohne Aussicht, einen unmittelbaren materiellen Vorteil daraus zu ziehen, der Organisation treu geblieben ist, verdient unsere ganz besondere Anerkennung.

Unser Verbandsvorstand hat kürzlich eine Umfrage bei den Zahlstellen veranstaltet, um die Zahl dieser Veteranen festzustellen, die seit 25 Jahren und länger dem Verband angehören. Das Ergebnis war überraschend günstig. Im ganzen sind es mehr als tausend Kollegen, die meist an der Wiege ihrer örtlichen Organisation gestanden, die damals den Schwierigkeiten verschiedenster Art Trost geboten und unermüdet für die Ausbreitung der Organisation gewirkt haben. Diesen Alten ist der Verband zu besonderem Dank verpflichtet, und gern würden wir ihnen, durch Nennung ihrer Namen, an dieser Stelle eine Ehrentafel errichten. Wenn wir auch der großen Zahl wegen darauf verzichten müssen, so sei doch eine Ausnahme gestattet hinsichtlich der Zahlstelle Flensburg, die unter ihren Mitgliedern nicht weniger als zwölf Kollegen zählt, die seit der am 1. April 1884 dort erfolgten Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes, also seit nunmehr dreißig Jahren, ununterbrochen dem Verbands angehören. Die Namen dieser Jubilare sind: Hans Carstensen, Julius Freyenhagen, Rudolf Freyenhagen, Johannes Grewe, Christian Hein, Johannes Haase, Justus Rühl, Johannes Behmkuhl, Johannes Petersen, Thomas Starpleck, Paul Nietig und Johann Thiesen.

Der Verband will jedoch jedes einzelnen seiner Jubilare gedenken. Der Verbandsvorstand hat beschlossen, jedem Mitglied, welches ununterbrochen 25 Jahre resp. 30 Jahre dem Verbands angehört, zu seinem Jubiläumstage eine Urkunde zu übersenden, als Zeichen der Anerkennung für die betreffenden Kollegen. Diese Anerkennungsurkunde ist ein künstlerisches Druckerzeugnis unserer Verbandsdruckerei, welches in entsprechender Einrahmung einen schönen Zimmerschmuck bildet. Den eigentlichen Lohn für ihre dem Verbands bewahrte Treue tragen aber die alten Kollegen in sich. Es ist das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, aber auch das Bewußtsein, daß der Verband ihrer nicht vergißt.

Unsere Alten haben in ihrem Verbandsleben vieles erfahren. Sie erinnern sich manches Kollegen, der einst Schulter an Schulter mit ihnen gekämpft, später aber ihrem Gesichtskreis entschwunden ist. Mancher ist frühzeitig ins Grab gesunken, andere haben die Fahne verlassen, um erst nach kürzerer oder längerer Frist den Weg zur Organisation zurückzufinden. Nicht selten trifft es sich, daß wir den früheren Kameraden in schwerem Wirtschaftskampf, im Lager der Gegner wiederfinden, wo er auf das wütendste das bekämpft, wofür er einst selbst gestritten. Um so höher schätzen

wir unsere Veteranen, die nie gewankt, die stets unverzagt ihre Pflicht getan. Sie mögen den jungen Kollegen als Vorbild dienen, dem nachzueifern diese sich bemühen mögen. Der unablässige Kampf, den unsere Organisation zu führen gezwungen ist, läßt für Neuerung der Sentimentalität nicht viel Raum. Aber es ehrt die Organisation und ihre Mitglieder, wenn wir unserer Veteranen gedenken, uns an ihrem Beispiel aufrichten und in diesem Sinne den Grundsatz zu Ehren bringen:

Ehret die Alten!

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

VI.

### Kampfesstellung der Gewerkschaften.

br. Haben wir gesehen, daß die Gegner der Sozialdemokratie andere sind als die der Gewerkschaften, so ist auch die Stellung im Kampfe bei der Gewerkschaft zu ihrem Gegner anders als bei der sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaft führt ihre Kämpfe, um den Unternehmer von einer geplanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuhalten oder um ihn zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu bewegen. Immer denkt eine kernhaltige Gewerkschaft daran, daß der Kampf zwar notwendig sein muß, wenn er einmal angefangen wurde, daß er aber doch ein bis zu einem gewissen Grade notwendiges Uebel ist, das man so häufig als möglich vermeiden muß. Mag auch einmal da und dort in ganz besonders liegenden Ausnahmefällen, die aber durchaus nicht für die Gesundheit einer Gewerkschaft sprechen, der Kampf fast zum Zwecke werden, als einziges Mittel angewandt werden, um dumpfe, schwer bewegliche, nicht gut lenkbare Massen einmal in Schwung zu bringen, im Feuer exerzieren zu lassen und sie so zu normaler Gewerkschaftsarbeit hinzuführen, so erscheint es doch als Regel, als durch die Erfahrung ausgenügte vernünftige Regel, daß man alle Bemühungen anzuhängen hat, um auf dem friedlichen Wege der Verhandlungen den Unternehmern das abzurufen, was das zweifelhafteste Ergebnis eines in seinem Erfolge nicht vorauszufehenden, für die Gewerkschaften und die beteiligten Mitglieder opferreichen Kampfes sein könnte. Aber auch wenn der Kampf als unbedingt notwendig, als unaufschiebbar, von allen Instanzen der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt wird, wenn jede Kraft angelegt wird, um durch die Wichtigkeit des Angriffes und durch die Geschlossenheit des Auftretens dem oder den Unternehmern den erstrebten Erfolg abzurufen, so ist doch das Ziel der Waffenstillstand, der Wiederbeginn des Arbeitsverhältnisses, der Erneuerung und der Fortdauer der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie sie vor dem Ausbruch des Kampfes gewesen sind, wenn man natürlich auch — das ist ja der Zweck des Kampfes — erstrebt, daß die wieder aufgenommenen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses zur Voraussetzung haben, die man sich beim Kampfsbeginne zum Ziele gesetzt hat.

VII.

### Kampfesstellung der Sozialdemokratie.

Durchaus anders ist die Kampfesstellung der Sozialdemokratie. Ihre Kämpfe mögen aus Gründen der Ermüdung oder aus taktischen Erwägungen ein oder das andere Mal weniger in Erscheinung treten, aber der Kampf selbst wird niemals unterbrochen. Es kommt nicht zum Waffenstillstande, zu einem Ruhen der Kämpfe auf Jahre hinaus, wie bei den Gewerkschaften, deren Tarifverträge genau umschriebene, örtlich und zeitlich begrenzte Waffenstillstands-urkunden mit allen Bedingungen der Kampfesbeendigung und mit allen Sicherungen der Kampfesauschaltung während des Waffenstillstandes sind. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft, wie der Kampf der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie ist ein Kampf, dessen Formen wechseln, dessen Stärke sich ändern mag, der mitbestimmt wird durch tausenderlei Umstände und Entwicklungsercheinungen, durch mannigfache Gemmungen und nicht minder vielfache Antriebe, aber der Kampf ist ohne Ende. Das Proletariat sieht letzten Endes auf dem Standpunkte, den ein französisches Wort: öte, que je m'y mette (verschwinde, damit ich mich an deinen Platz setzen kann) klar ausdrückt. Die Bourgeoisie wird nicht ruhen im Kampfe gegen das Proletariat, solange sie noch irgendwie Hoffnung hegt, daß sie, sei es mit Gewalt, sei es mit anderen Mitteln, die Sozialdemokratie vernichten, den Arbeitern die Hoffnung nehmen kann, daß sie durch die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, durch eine gemeinwirtschaftliche aus Not und Elend, aus Bedrückung und Verachtung herauswachsen kann in ein dauernd menschenwürdiges Dasein. Ebenso

Anzeigen.

Obeln. Der Arbeitnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pt. Umfahrungen streng verboten.
Mitt. Der Arbeitnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Bismarckstr. 24, l. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr.
Sachsen. Der Arbeitnachweis der Möbelschreiner befindet sich im Bismarckhaus, Severinstraße 169, im Verbandsbureau.

Tüchtige Stuhlschreiner

auf bessere Lederstühle u. Ganteulls gut eingearbeitet, per sofort gesucht.
Rüd. Fischer, Konstanz, Mittelstr. 30.
Einen tüchtigen Stuhlpollerer stellt ein Guido Franz, Reuthausen (Bez. Dresden).

Sägenschräfer, seit 20 Jahren im Schären sowie im Geraderichten und Ausschämmern von Sägen, kundig in Reparatur.
Sucht Stell. als Sägenschräfer zum 1. April oder früher.
Werte Angeb. unt. N. 2. 888 an die Exped. d. Holzarbeiter-Zeitung.

Tüchtige Kastenmacher u. Kastenheifer auf Automobil-Karosserien, für dauernde Arbeit bei gutem Lohn gesucht.
Zahlstelle Brandenburg a. S.
Neust. Markt 2, 1.

Tüchtige Couleurmacher

für Malaccarohr gesucht.
Oskar Kocholl Nachf., Cassel
Stoßfabrik.

Ein tüchtiger Holzbrecher, selbständiger Arbeiter auf Massenartikel, findet sofort dauernde Beschäftigung.
Mechan. Drechslerei S. Hartmann, Lemgo.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Rohrmöbel u. Korbmacher auf geschlagene Arbeit für sofort gesucht.
Joh. Walterscheid, Burgsteinfurt i. Westf.
Korbwaren- und Rohrmöbelfabrik.

2 tüchtige Korbmachergehilfen für Flechten und Schwingen gesucht bei
Robert Hörnig, Radewitz-Dresden.

2 junge Korbmacher auf Rohrarbeit gesucht.
Cl. Ewers, Büsum i. Holstein.

1 oder 2 Gestellarbeiter, die selbständig und nach Zeichnung arbeiten können, werden gesucht.
Weisbarth & Hofmann
München, Elßner Straße 28.

2 Korbmachergehilfen auf Reparaturen und geschlagene Arbeit gesucht. Anmeldung schriftlich oder mündlich.
Albert Beurer, Untertürkheim b. Stuttgart.

Zwei Korbmacher, die auf moderne Peditrohrmöbel gut eingearbeitet sind, sofort gesucht. Nur solche wollen sich melden, die obige Bedingungen erfüllen können.
Kunstgem. Werkstatt für moderne Rohrmöbel
Valentin Elffert, Hamm, Rheinliefen.

Korbmacher

auf Peditrohrarbeit und Reifekörbe sucht
Germania Kinderwagen-Fabrik
Zettl, Leipziger Straße 14.

Suche per sofort drei Korbmacher auf Mattarbeit.
H. Maag
Mienburg a. Wefer.

Korbm. verlangt Werkzeug-Liste von
E. Fegeler & Co., Wiatrach 9.

Tüchtiger solider Korbmacher auf Grün- geschlagen und Mattarbeit bei hohem Akford auf sofort oder später gesucht. Dauernde Stellung.
Groth & Breitkreuz
Dierdorf (Bez. Coblenz).

Ein jung. Korbmacher auf großgeschlagene Arbeit, meist Reifekörbe, findet bei hohem Lohn sofort dauernde Stellung (evtl. Kost u. Logis im Hause) bei
Ernst Hofmann,
Weserlingen (Bez. Magdeburg).

Ein Korbmacher auf Mattarbeit für sofort gesucht (nur einjähr. Holz). Hoher Akford. Kost und Logis im Hause.
Carl Hepler, Pong b. Bitterfeld.

Ein junger Korbmacher auf Geschlagenes, Reparatur u. Mattarbeit sofort für dauernd gesucht.
Chr. Arzt, Korbmachermeister
Kaffan a. d. Lahn.

Korbmacher auf Mattarbeit gesucht.
S. Fort, Altenritte bei Cassel.

Tüchtiger Korbmacher für Geschlagen und Reparatur gesucht, nur solche für dauernd wollen sich melden.
Petarich Kochs, Effen-Ruhr, Emdenallee 80
Rohrmöbelfabrik.

Tüchtiger Korbmacher auf Reifekörbe für dauernd gesucht. Lohn cm 5 Pf., über 60, Aufschlag.
E. Pantzsch, Döben a. Mühlbe.

Suche 1 bis 2 Gestellarbeiter auf Peditrohrmöbel, 1 auf Mattensessel. Nur tüchtige Leute wollen sich melden.
Albert Wärdisch, Magdeburg-N.
Hennigstr. 3.

Ein bis zwei Korbmacher, die gut auf Rohrkörbe eingearbeitet sind, finden dauernde Stellung.
C. Schloßstein,
Heilbronn a. Neckar.

Drei Bürstenmacher gesucht.
Otto Krause, Kiel, Schuhmacherstr. 30.

Pinselmacher, Ring- und Zwilgenpinselmacher sowie Vorstanzrichter finden dauernde u. lohnende Stellung.
Heinr. Haas, Schwelm i. Westf.
Pinselfabrik.

2 tüchtige Bürstenmacher sofort gesucht.
Gerb. Hönemann, Köln, Duffesbach 18.

Ein Schweißer bei gutem Akfordlohn zu sofort gesucht.
Pantliensfabrik Ad. Schwarz jun. & Co.
Dömitz a. Elbe.

Tischlerei mit prima Rundschäft für Maschinen und Werkzeug (Preis 5500 Mk.) preisw. zu verk. Off. an
A. Stettin, Hamburg, Malzweg 15a.

Im Kreise Peine, in der Nähe größerer Industrieorte ist, eine seit 15 Jahren gut florierende
Tischlerei
mit neuem Wohnhaus und sehr guter Rundschäft, zum 1. April d. Js. preiswert zu verkaufen. Off. unt. N. B. an Holzarbeiter-Verband in Peine, Hann., Breitestr. 18.

Möbelpollererei und Reparatur-Werkstatt, sichere Existenz, herrschaftl. Rundschäft, ständig 2 Gehilfen, für 600 Mk. sofort zu verkaufen.
R. Blumrich, Waagen, Steinstr. 1, III.

Moderne Büromöbel
kräftige, solide Konstruktion
unter Verwendung bester Materialien
liefert die
Rheinisch-westfälische Holz-Industrie G.m.b.H., Dortmund
Feinste Referenzen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen.

Bleisilbe u. Mahlfäße, Goldarbeit nur von
Jan Bloch, Nürnberg-Stadt.

Hobelbänke in allerbest. Ausf., un- übertr. in Qual., mit eiserner Jangensführ. u. Stahlspindeln
Länge: cm 170 180 190 200 230
Preis: Mk. 55 56 58 60 68
Billige Normal-Tischlerhobelbank
Länge: cm 160 170 190 200 230
Preis: Mk. 38 39 40 42 45
Preisliste üb. Hobelbänke, Hobel, Furnierböde, Schlosserfeilbänke usw. gratis.
Gebr. Haase & Söhne, Hobelbankfabrik, Siegnitz.

Sür Bürstenmacher!
Goeben ist erschienen:
Verhandlungsbericht über die Reichskonferenz der Bürsten- und Pinselmacher
am 23. und 24. November 1913 in Berlin.
56 Seiten. Preis 30 Pf.
Vorzugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 10 Pf.
Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H.
Berlin SO. 16, Am Köln. Park 2.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Verwaltet vom Arbeitgeber- und Arbeiterverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 28. Februar bis Freitag, 6. März 1914.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeindefreie Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns: Ort, Tischler, Möbelschreiner, Maschinenarbeiter, Pollerer, Drechler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Bor. Woche.

Paul Horn
Polltur- und Lackfabrik
Hamburg 23.
Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind meine nach dem neuesten Verfahren hergestellten und gereinigten Schellackpollturen und meine hochmodernen Holzbeizen, die sich durch besonders hohe Farbricht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambranthelbeizen usw.). Mein neues Pollerverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt. Man erspart Material, Zeit und Arbeit!
Ich versende zum Versuch ein Körpchen, enthaltend:
1 Flasche Polja-Matt
1 " Neutral-Schellackpolltur-Extrakt
1 " Patentpolltur zum Reinpollieren
1 " allerfeinsten Polltur-Olanzlack (blond)
1 " Kristall-Lack (blond)
1 " Schellack- und Pollturöl (gelbblich)
1 Dose Poronsilpulver Mon-Ak (Austbaum)
1 " Marmor-Mona (mahagoni)
1 " Eimstein-Polltur-Pulver (hellrot)
1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskiten schadhafter Holzstellen)
1 Stück Kork-Schleifklotz (120 x 75 x 30 mm)
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Pollieren zu 5 Mk., inkl. Emballage.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten.
Patent-Graubergleber Original Nr. 80, ausgelegene Länge 50 cm, mit 3 Rilligen, a. 4,50 Mk.
Schäbel Nr. 80, mit 1 Rill. 70 mm breit a. 2,25 Mk.; Reform-Nußhobel mit Garantie 1 a. 5,25 Mk.; Reimtrage 1 a. 80 Pf., 80 mm br. a. 80 Pf.; Echte Dixon-Richtlingen a. 80 Pf.; 8 Stk. 1,50 Mk.; Holzrollen in Kugellage a. 1,50 Mk.
Verlangen Sie sofort gratis
Katal.
Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppolzer Straße 31.

Laubfägerei
Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werkz., Holz, Borlagen usw. in groß. Auswahl billigst.
J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.
Katalog gratis und franco.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhol 70.

Patent
Broschüre über Selbstanmeldung gratis u. K. Barbig, Hannover, Misburgerdamm 77.

Kunstgewerbliche Tischlerlehre
Blankenburg, H. 2
Programm frei. Direktor Reinking.

Kunstgew. Tischler-Erbschule Cöthen
Erste deutsche Holz- und Pflanzenschule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamteten.
Programm kostenlos durch die Direktoren.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erstkl. techn. u. kunstgewerbliche Lehreinrichtung.
Größe und anerkannt beste Privatschule der Branche.
erhalten 69 Schüler Stellung.
DIREKTION: Architekt Kallsen.

Tischlerlehre Ilmenau
Schnelle und sichere Ausbildung.
DIREKTION: Architekt Kallsen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 490 670

auf den Namen Jakob Krehbiel lautend, wurde von dem Schreiner Friedr. Paul gestohlen. Wir ersuchen die Kollegen, das Buch dem Paul abzunehmen und a. d. Zahlstelle Kaiserslautern, Rittersberg 16, zu send.

Paul Flock, Langensalza, wird dring. u. f. Brüd. Hugo Flock, Hamburg 22, Grammelstr. 14, III, gesucht.

Albert Köppen, Tischler aus Buddenhagen, sende deine Adr. an meinen Bruder Wilhelm Köppen in Stettin, Warsowstr. 41. Auch Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden um die Adresse gebeten.

Mar Köppler, geb. 12. 11. 82 zu Markhausen i. P., Buchn. 628 983, wird von seiner Familie gesucht. Die Sozialverwaltungen werden gebeten, seinen jetzigen Aufenthalt der Zahlstelle Klingenthal i. Sa., Wilhelmstr. 90, mitzuteilen.

Kurt Wokurga, Bolterer, geb. 28. 5. 1898 zu Nechenberg, Buchn. 610 130, wird wegen Erbschaft gesucht. Seine Adresse bitte zu senden an Albin Drechsel, Stuhlauer, Dorfchmannig, Bez. Dresden, Nr. 192 b.

Andreas Forstner, Modell- und Möbelschreiner, geb. 9. 5. 1874 zu Kosenheim, wo bist du? Gib deiner Mutter Antwort. Perlsch bei München.

Zahlstelle Frankfurt a. M. (Deutscher Holzarbeiter-Verband).

Sonntag, den 22. März, nachm. 5 Uhr
Stiftungsfest
(25-jähriges Bestehen der Zahlstelle)
im Saale des Kaufmännischen Vereinshauses
Am Eschenheimer Tor.

Männer- und gemischte Chöre, Soff, Cello, Rezitationen, Prolog, Festrede, Ehrung der Jubilare.

Nach dem Programm: Festball.

Sonntag, den 21. März, abends 9 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Kommers

Konzert, Gesang, humoristische Vorträge.
Eintrittskwert mit Gedenkblatt
50 Pf. pro Person im Bureau
Für beide Veranstaltungen gültig

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit ebenfalls freundlichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.
Am Eingang des Saales werden Einlaßkwerter nicht mehr verabfolgt.

Ein Möbelschreiner, gut eingearbeitet auf weiße u. polierte Möbel, zum 1. April gesucht.
Heinrich Schröder
Mechanische Bau- und Möbelschreiner
Beuthem, Hannover.

Tüchtige Möbelschreiner stellt ein
Möbelfabrik Roe, Landsberg a. Warthe
Mendamer, 19.
(Estundenlohn 57 bis 67 Pf.)

Tüchtige Tischler auf Tische, Teilarbeit, verlangt
Möbel-Fabrik Langitz,
Ober-Lausitz bei Bad Muskau.

Ein tüchtiger Tischler gesucht.
C. Hoffmeister, Tischlerei mit Kraftbetrieb,
Droßpedit (Soff).

Erster Möbelbeizer

selbständig in allen modernen Farben, in dauernde Stellung sofort gesucht. Außerdem einige Möbelschreiner auf seine polierte Arbeiten nach Zeichnung.
Carl Kaspermeier, Möbelfabrik
Peine bei Hannover.

Ein Holzhandwerk-Gesellschaft sucht einen tüchtigen, energiegel.
Beschreiber
welcher sich mit 4- bis 5000 Mk. beteiligt und auch als Mitglied betreiben kann. Off. unt. N. 88 an die Exped. d. Jg.

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rübischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Ehret die Alten!

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist am 1. Juli 1899 ins Leben getreten, sein 25-jähriges Jubiläum kann er also erst in einigen Jahren feiern. Bei der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes handelte es sich aber nicht um die Neuschaffung einer gewerkschaftlichen Organisation, sondern um die Verschmelzung der damals bestehenden Verbände der Wirtenmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler, denen sich später noch eine Anzahl anderer Verbände angeschlossen. Die bedeutendste und älteste der Organisationen, die sich zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammenschlossen, war der Deutsche Tischler-Verband, der zu Weihnachten 1883 gegründet wurde und der zunächst eine Verbindung bereits bestehender lokaler Fachvereine war.

Die Erinnerung an die erste Kindheitszeit unserer Organisationsbestrebungen ist in der heutigen Generation nicht mehr sehr lebendig. Kein Wunder! Dem Arbeiter ist kein langes Leben beschieden; das Gros der Mitglieder des Verbandes ist noch nicht so alt, als daß die einzelnen aus eigener Erinnerung die Schwierigkeiten kennen könnten, welche unsere Organisation und ihre direkten Vorläufer in den ersten Jahren ihres Daseins zu überwinden hatten. Die alte Organisation der Holzarbeiter war im Jahre 1878 durch das Sozialistengesetz schmachtvollen Angebens vernichtet worden. Jede Verbindung unter der Kollegenschaft hatte aufgehört; die Polizei wachte eifersüchtig darüber, daß keine neuen Arbeiterorganisationen ins Leben traten. Der erste Schrecken des Sozialistengesetzes mußte erst überwunden werden, ehe man hier und da an einzelnen Orten den Versuch wagen konnte, gewerkschaftliche Vereine auf lokaler Grundlage zu errichten.

Es mußte von Grund auf neu gebaut werden; die alten Organisationen waren so gründlich vernichtet worden, daß von Anknüpfungspunkten an das früher Bestehende kaum ernstlich die Rede sein konnte. Damals gehörte ein felsenfester Glaube an die Sieghaftigkeit der Gewerkschaftsidee, eine begeisterungsvolle, opferfreudige Hingabe an die Sache dazu, sich der Agitation für die Gewerkschaft zu widmen. Die Agitatoren konnten nicht, wie heute, auf die Leistungen und die Erfolge des Verbandes hinweisen, um die Zögernenden zum Anschluß und zur Mitarbeit zu bewegen. Die Werbemittel bestanden hauptsächlich in Wechsellagen auf die Zukunft. Das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen mußte erst geweckt und lebendig gemacht werden. Dabei galten die Gewerkschaften als eine Gesellschaft von Verfehmten. Nicht nur, daß das Unternehmertum der Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzuwirken bemüht war, viel schwerer noch war der Druck der Polizei.

Wenn die jungen Arbeiterorganisationen auch nicht mehr, wie unmittelbar nach Erlass des Sozialistengesetzes, ohne weiteres unterdrückt wurden, so führten sie während der ganzen Geltungsdauer jenes Gesetzes, also bis zum Jahre 1890, doch nur das Leben der Geduldeten. Und es war keineswegs eine wohlwollende Duldung, welcher sich die Gewerkschaften in jener Zeit erfreuten. Nicht nur, daß die Versammlungen ständig von der Polizei überwacht wurden, die häufig den Unternehmern alles das überbrachte, was für sie wissenwert war, auch die Funktionäre der Organisation erlitten eine ganz besondere polizeiliche Fürsorge. Hausungen und willkürliche Verhaftungen, Anklagen und schwere Bestrafungen um nichts sagender Dinge willten, gehörten durchaus nicht zu den Seltenheiten. Ueber jedem Fachverein, über jeder Verbandszahlstelle schwebte fortgesetzt das Damoklesschwert der Auflösung. Und manchmal sauste es vernichtend herab. Eine ganze Reihe unserer heutigen Verbandszahlstellen dürfte unter ihren Vorgängern einen auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelösten Fachverein oder eine der Verfolgungswut der Polizei zum Opfer gefallene Zahlstelle zählen.

Im Laufe der Jahre hatte man es gelernt, sich der sozialistengesetzlichen Polizeipragis anzupassen. Statt abzuschrecken, hatte die Verfolgungswut der Behörden unter der Arbeiterkraft den Geist des Widerstands geweckt. Notgedrungen mußte die Polizei in den letzten Lebensjahren des Sozialistengesetzes der gewerkschaftlichen Betätigung ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit gestatten, das auch den Tischlern fleißig ausgenutzt wurde. Beim Abkling des Sozialistengesetzes zählte der Deutsche Tischler-Verband 17 500 Mitglieder in 214 Zahlstellen, während es zwei Jahre zuvor erst 7300 Mitglieder in 78 Zahlstellen gewesen waren. Im letzten Drittel der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist also eine recht große Zahl neuer Zahlstellen gegründet worden.

Seither ist ein Vierteljahrhundert verfloßen; in vielen Orten ist in letzter Zeit das Jubiläum der Organisationsgründung festlich begangen worden, in anderen steht diese Feier noch bevor. In dieser Zeit der Jubiläen lenkt man gern den Blick nach rückwärts. Bei den festlichen Veranstaltungen an den einzelnen Orten läßt man die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der örtlichen Organisation Revue passieren. Die junge Generation wird an die Kleinen, unscheinbaren Anfänge erinnert; ihr wird die Entwicklung des Verbandes im ganzen und speziell am Festort vor Augen geführt. Das wirkt anfeuernd auf die Jungen, von denen sich wohl mancher gelobt, den Alten nachzueifern, die durch Opfermut und Begeisterung dazu beigetragen haben, daß der Verband das wurde, was er jetzt ist: Eine leistungsfähige Organisation zur Wahrung der Interessen der Holzarbeiter.

Unsere Arbeiterbewegung ist eine Massenbewegung. Nicht der Wille und das Tun des einzelnen ist das Entscheidende, das Wollen und die Tatkraft der Masse ist bestimmend für unsere Erfolge. In dieser großen, namenlosen Masse ist aber gar mancher, der vielleicht heute bescheiden zurücksteht, der aber, als es galt, in hervorragendem Maße seine Pflicht getan hat. Daß sie wackere, tüchtige Kämpfer im Dienste unserer Organisation waren und noch sind, darf man ohne weiteres von allen Kollegen annehmen, die seit Jahrzehnten ununterbrochen der Organisation die Treue gewahrt haben. Die Fluktuation in unserem Verbandsverbande ist allmählich geringer geworden, sie ist aber immer noch recht groß. Viele Kollegen verlassen nach kürzerer oder längerer Mitgliedschaft ihre Organisation, um sich später von neuem aufnehmen zu lassen. Passiert das jetzt noch in so vielen Fällen, so war diese Erscheinung früher, wo unsere Unterstüßungseinrichtungen noch nicht so ausgebaut waren, wie es heute der Fall ist, noch viel häufiger. Wer trotzdem in Freud und Leid und ohne Aussicht, einen unmittelbaren materiellen Vorteil daraus zu ziehen, der Organisation treu geblieben ist, verdient unsere ganz besondere Anerkennung.

Unser Verbandsvorstand hat kürzlich eine Umfrage bei den Zahlstellen veranstaltet, um die Zahl dieser Veteranen festzustellen, die seit 25 Jahren und länger dem Verband angehören. Das Ergebnis war überraschend günstig. Im ganzen sind es mehr als tausend Kollegen, die meist an der Wiege ihrer örtlichen Organisation gestanden, die damals den Schwierigkeiten verchiedenster Art Trotz geboten und unermüdet für die Ausbreitung der Organisation gewirkt haben. Diesen Alten ist der Verband zu besonderem Dank verpflichtet und gern würden wir ihnen, durch Nennung ihrer Namen, an dieser Stelle eine Ehrentafel errichten. Wenn wir auch der großen Zahl wegen darauf verzichten müssen, so sei doch eine Ausnahme gestattet hinsichtlich der Zahlstelle Flensburg, die unter ihren Mitgliedern nicht weniger als zwölf Kollegen zählt, die seit der am 1. April 1884 dort erfolgten Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes, also seit nunmehr dreißig Jahren, ununterbrochen dem Verbandsverbande angehören. Die Namen dieser Jubilare sind: Hans Carstensen, Julius Freyenhagen, Rudolf Freyenhagen, Johannes Grewe, Christian Hein, Johannes Haase, Julius Rühl, Johannes Schmitz, Johannes Peterken, Thomas Starple, Paul Rietig und Johann Schies.

Der Verband will jedoch jedes einzelnen seiner Jubilare gedenken. Der Verbandsvorstand hat beschlossen, jedem Mitglied, welches ununterbrochen 25 Jahre resp. 30 Jahre dem Verbandsverbande angehört, zu seinem Jubiläumstage eine Urkunde zu übersenden, als Zeichen der Anerkennung für die betreffenden Kollegen. Diese Anerkennungsurkunde ist ein künstlerisches Druckerzeugnis unserer Verbandsdruckerei, welches in entsprechender Einrahmung einen schönen Zimmerschmuck bildet. Den eigentlichen Lohn für ihre dem Verbandsverbande bewahrte Treue tragen aber die alten Kollegen in sich. Es ist das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, aber auch das Bewußtsein, daß der Verband ihrer nicht vergißt.

Unsere Alten haben in ihrem Verbandsleben vieles erfahren. Sie erinnern sich manches Kollegen, der einst Schulter an Schulter mit ihnen gekämpft, später aber ihrem Gesichtsriss erloschen ist. Mancher ist frühzeitig ins Grab gesunken, andere haben die Fahne verlassen, um erst nach kürzerer oder längerer Frist den Weg zur Organisation zurückzufinden. Nicht selten trifft es sich, daß wir den früheren Kameraden in schwerem Wirtschaftskampf, im Lager der Gegner wiederfinden, wo er auf das wütendste das bekämpft, wofür er einst selbst gestritten. Um so höher schätzen

wir unsere Veteranen, die nie gewankt, die stets unverzagt ihre Pflicht getan. Sie mögen den jungen Kollegen als Vorbild dienen, dem nachzueifern diese sich bemühen mögen. Der unablässige Kampf, den unsere Organisation zu führen gezwungen ist, läßt für Neuerung der Sentimentalität nicht viel Raum. Aber es ehrt die Organisation und ihre Mitglieder, wenn wir unserer Veteranen gedenken, uns an ihrem Beispiel aufrichten und in diesem Sinne den Grundsatz zu Ehren bringen:

Ehret die Alten!

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

VI.

### Kampfesstellung der Gewerkschaften.

br. Haben wir gesehen, daß die Gegner der Sozialdemokratie andere sind als die der Gewerkschaften, so ist auch die Stellung im Kampfe bei der Gewerkschaft zu ihrem Gegner anders als bei der sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaft führt ihre Kämpfe, um den Unternehmer von einer geplanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuhalten oder um ihn zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu bewegen. Immer denkt eine vernünftige Gewerkschaft daran, daß der Kampf zwar notwendig sein muß, wenn er einmal angefangen wurde, daß er aber doch ein bis zu einem gewissen Grade notwendiges Uebel ist, das man so häufig als möglich vermeiden muß. Mag auch einmal da und dort in ganz besonders liegenden Ausnahmefällen, die aber durchaus nicht für die Gesundheit einer Gewerkschaft sprechen, der Kampf fast zum Zwecke werden, als einziges Mittel angewandt werden, um dumpe, schwer bewegliche, nicht gut lenkbare Massen einmal in Schwung zu bringen, im Feuer exerzieren zu lassen und sie so zu normaler Gewerkschaftsarbeit hinzuführen, so erscheint es doch als Regel, daß durch die Erfahrung aufgünstigste vernünftige Regel, daß man alle Bemühungen anzuwenden hat, um auf dem friedlichen Wege der Verhandlungen den Unternehmern das abzurufen, was das zweifelhafteste Ergebnis eines in seinem Erfolge nicht vorauszuversenden, für die Gewerkschaften und die beteiligten Mitglieder opferreichen Kampfes sein könnte. Aber auch wenn der Kampf als unbedingt notwendig, als unausschiebbar, von allen Instanzen der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt wird, wenn jede Kraft angelegt wird, um durch die Wichtigkeit des Angriffes und durch die Geschlossenheit des Auftretens dem oder den Unternehmern den erstrebten Erfolg abzurufen, so ist doch das Ziel der Waffenstillstand, der Wiederbeginn des Arbeitsverhältnisses, der Erneuerung und der Fortdauer der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie sie vor dem Ausbruche des Kampfes gewesen sind, wenn man natürlich auch — das ist ja der Zweck des Kampfes — erstrebt, daß die wieder aufgenommenen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses zur Voraussetzung haben, die man sich beim Kampfsbeginne zum Ziele gesetzt hat.

VII.

### Kampfesstellung der Sozialdemokratie.

Durchaus anders ist die Kampfesstellung der Sozialdemokratie. Ihre Kämpfe mögen aus Gründen der Ermüdung oder aus taktischen Erwägungen ein oder das andere Mal weniger in Erscheinung treten, aber der Kampf selbst wird niemals unterbrochen. Es kommt nicht zum Waffenstillstand, zu einem Ruhen der Kämpfe auf Jahre hinaus, wie bei den Gewerkschaften, deren Tarifverträge genau umschriebene, örtlich und zeitlich begrenzte Waffenstillstands-urkunden mit allen Bedingungen der Kampfesbeendigung und mit allen Sicherungen der Kampfesauschaltung während des Waffenstillstandes sind. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft, wie der Kampf der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie ist ein Kampf, dessen Formen wechseln, dessen Stärke sich ändern mag, der mitbestimmt wird durch tausenderlei Umstände und Entwicklungserscheinungen, durch mannigfache Stimmungen und nicht minder vielfache Antriebe, aber der Kampf ist ohne Ende. Das Proletariat steht letzten Endes auf dem Standpunkte, den ein französisches Wort: öte, que je m'y mette (verschwinde, damit ich mich an deinen Platz setzen kann) klar ausdrückt. Die Bourgeoisie wird nicht ruhen im Kampfe gegen das Proletariat, solange sie noch irgendwie Hoffnung hegt, daß sie, sei es mit Gewalt, sei es mit anderen Mitteln, die Sozialdemokratie vernichten, den Arbeitern die Hoffnung nehmen kann, daß sie durch die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, durch eine gemeinwirtschaftliche aus Not und Elend, aus Bedrückung und Verachtung herauszuwachsen kann in ein dauernd menschenwürdiges Dasein. Eberjo

wenig wird das Proletariat ruhen in dem Kampfe gegen die Bourgeoisie, solange es damit rechnet, daß der Gang der kapitalistischen Entwicklung zur höchsten Konzentration kapitalistischer Macht und dann weiterhin zur Möglichkeit der Expropriation der Expropriateure, zur Bestümmung aller Produktionsmittel durch die Arbeiter, durch die beschlossenen Massen führen wird. Solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung bestehen wird, solange wird, nicht unterbrochen durch Waffenstillstände, der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie dauern.

Dieser Kampf ist ein dauernder, ein als notwendig erkannter. Dieser Kampf ist sicherlich nicht Selbstzweck, aber in diesem Kampfe es nicht zur Ruhe kommen zu lassen, erscheint den beiden streitenden Parteien als eine unbedingte Notwendigkeit. So erweist der Kampf zu einer gewissen Selbstständigkeit und Wichtigkeit. Wird auch der Kampf nicht um des Kampfes willen geführt, so fühlen doch Bourgeoisie und Proletariat, daß es ihren Klassen nicht zuträglich ist, wenn dieser Kampf einschläft, wenn die Klassen mit der Möglichkeit eines Ruhezustandes, eines Ausgleichs, einer Versöhnung, einer Harmonie rechnen würden. So ergibt sich aus dem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat die ununterbrochene Fortführung dieses Kampfes, die feste Kriegsbereitschaft und wache Feindschaft der beiden sich entgegengesetzten Klassen. So erscheint die Kampfstellung von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft als etwas durchaus Verschiedenes. Das gleiche ist der Fall mit den Kampfsmitteln.

VIII.

Die Kampfsmittel der Gewerkschaft.

Die Beeinflussung des Unternehmers, die Einwirkung auf den Arbeitsmarkt, die Klarstellung, daß die Unternehmer auf die Arbeiter, bestimmte Unternehmer auf ganz bestimmte Arbeiter und Arbeiterinnen angewiesen sind, die Aufklärung der Unternehmer, daß die Ersehbarkeit fehlender Arbeiter und Arbeiterinnen in hohem Maße durch die gewerkschaftliche Gemeinschaft der Arbeiter bestimmt werden kann, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Möglichkeit, sich zeitweise über Wasser zu halten, wenn auch das Arbeitsverhältnis gelöst ist, die Sicherung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Arbeitslosigkeit und sonstige Notfälle, die das Unabhängigkeitsgefühl der Arbeiter und Arbeiterinnen steigern, die Möglichkeiten auf den Absatz der Produkte des Unternehmers einzuwirken, das alles sind Kampfsmittel der Gewerkschaften, die zum Ausdruck kommen im Streik, in der Sperre, in der Zugangswarnung, in der Blockade, im Boykott, in der Kontrollmarke und auch in anderen mehr oder weniger bewährten gewerkschaftlichen Kampfsmitteln. Aber es handelt sich bei all diesen Kampfsmitteln stets um ihre Anwendung für begrenzte Zeit und für umschriebene Gebiete. Wahrwichtig wäre eine Gewerkschaftsleistung die ununterbrochen und überall streiken zu lassen, in Aussicht nehmen würde. Jede Gewerkschaft muß ihr Augenmerk darauf richten, das Gebiet des Kampfes zeitlich und örtlich nach Möglichkeit einzuzengen, den Unternehmern klarzumachen, daß eine Vermeidung der Kämpfe in seinem Interesse liege, daß die Gewerkschaft durchaus nicht den Kampf um des Kampfes willen wünsche, daß die Kampfsmittel nur notgedrungen angewandt werden sollen und daß jede Möglichkeit, den Kampf abzubrechen, wenn die Erreichung des Kampfszieles in Aussicht gestellt wird, gern ergriffen wird. Also nicht der Kampf um des Kampfes willen, sondern der Kampf um der Verbesserung der Arbeitsbedingungen willen ist das taktische Prinzip der Gewerkschaften. Weil aber der Zweck die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist, und weil es außerhalb des Kampfes noch mannigfache Möglichkeiten

gibt, auf anderem Wege zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu gelangen, deshalb sucht man den Kampf zunächst zu ersparen, ja man scheut auch keine Zugeständnisse an die Unternehmer, auch eine Verminderung der Forderungen nicht, wenn der Kampf hierdurch vermieden werden kann. So wird der Kampf nur zu einem notgedrungenen letzten Mittel der gewerkschaftlichen Organisation. Jede Vermeidung des Kampfes erscheint der Gewerkschaft und ihren Mitgliedern nicht nur als eine Verminderung der Opfer der Gesamtheit wie der beteiligten einzelnen, es erscheint das auch als eine Möglichkeit, größere, noch opferreichere Kämpfe in der Zukunft ins Auge zu fassen, weil man an Geld und Kraft, an allgemeinen und persönlichen Opfern in diesem Falle gespart hat.

Der Kampf ist für die Gewerkschaften eines der mannigfachen Mittel, die den Gewerkschaften zur Erreichung ihrer wichtigen Ziele zur Verfügung steht. Durchaus anders ist es bestellt um die Kampfsmittel der Sozialdemokratie. (Fortsetzung folgt.)

Gegen durchgreifenden Unfallschutz.

Der „Fachzeitung“, dem Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, gefällt es nicht, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband einen kräftigen Vorstoß im Interesse eines besseren Unfallschutzes an den Holzbearbeitungsmaschinen unternommen hat. Ihrer Abneigung gegen wirksame Maßnahmen zur Unfallverhütung gibt sie in einem längeren Artikel in ihrer Nummer 10 vom 8. März Ausdruck, den sie mit einer Polemik gegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ einleitet. Unsere Nr. 5, in welcher wir die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen in einer Reihe von Artikeln behandelt haben, hat es ihr angetan. Sie findet in diesen Artikeln die „größten Ausfälle gegen alle Stellen, denen gegenwärtig die Aufsicht und Kontrolle des Unfallschutzes obliegt“. Diese Entdeckung ist eine Folge der altjungferlichen Empfindlichkeit des Unternehmerorgans. Uns deshalb mit dem Blatt auseinanderzusetzen, wäre vergebliche Mühe. Es muß auch solche Ränge geben, die auf das eifrigste den Splinter im Auge des Nächsten suchen, ohne des Balkens im eigenen Auge zu achten.

In der Hauptsache soll der Artikel der „Fachzeitung“ eine Kritik der von unserem Verbandsvorstand an Bundesrat und Reichstag gerichteten Petition sein. Der Artikelschreiber bemüht sich zunächst, die Unfallgefahr in der Holzindustrie geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Er meint, um die Unfallgefahr richtig zu erfassen, dürfe man nicht die Zahl der gemeldeten Unfälle in Betracht ziehen, sondern nur die Zahl der ent- schädigten. In den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie hätten aber im Jahre 1907 nur 1,2 Prozent der Versicherten einen entschädigungspflichtigen Unfall erlitten. Dieser Prozentsatz liege auf 1,0 Prozent in den Jahren 1910 und 1911 zurückgegangen. Wir sind gern bereit, dieser Anregung zu folgen. Es genügt, wenn wir die neuesten Zahlen zugrunde legen. Im Jahre 1912 kamen auf je 1000 Versicherte erstmalig ent- schädigte Unfälle:

Bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften	7,19
Bei den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie	9,52
und zwar bei der	
Sächsischen Holzberufsgenossenschaft	8,43
Norddeutschen	8,98
Bayerischen	11,67
Südwestdeutschen	11,19

Eine größere als die durchschnittliche Unfallhäufigkeit in der Holzindustrie haben nur folgende Berufsgenossenschaften:

Binnenschifffahrt	11,17
Müllerei	14,85
Knappschacht	15,40
Fuhrwerk	17,90

Es gehört in der Tat eine dreiste Stirn dazu, angesichts dieser Zahlen bestreiten zu wollen, daß die Holzindustrie zu den gefährlichsten Industrien gehört. Dabei verneint es die „Fachzeitung“ sorgfältig, darauf einzugehen, daß im Gegensatz zu den Berufsgenossenschaften mit höherer Unfallziffer, in welchen alle Versicherten ziemlich gleichmäßig gefährdet sind, in der Holzindustrie hauptsächlich die verhältnismäßig kleine Gruppe der Maschinennarbeiter der Unfallgefahr ausgesetzt ist. Einen Anhalt dafür, in welchem Maße die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen gefährdet sind, gibt die Tatsache, daß im Jahre 1912 von insgesamt 4735 erstmalig entschädigten Unfällen bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie nicht weniger als 2574 oder 54,4 Prozent auf Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen entfallen.

Romisch könnte es berühren, wenn die Sache nicht gar zu ernst wäre, daß die „Fachzeitung“ eine Lanze für die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes bricht. Es hätte, so behauptet das Blatt gottesfürchtig und dreist, gerade in der Bewertung schwererer Schäden im Laufe der Jahre immer mehr eine Veränderung zugunsten der Verletzten Platz gegriffen. Daß du die Nase ins Gesicht behältst wäre man geneigt, mit Onkel Bräsig auszurufen. Zur Beurteilung dieser Frage ist die folgende Uebersicht sehr lehrreich, die sich auf die gesamte gewerbliche Unfallversicherung bezieht. Auf 1000 versicherte Personen kamen:

Jahr	Berletzte überhaupt	Tob	Die Berlegung hatte zur Folge:		Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
			Dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	teilweise	
1901	7,98	0,74	0,11	3,77	3,34
1902	7,98	0,67	0,11	3,73	3,47
1903	8,04	0,66	0,11	3,66	3,61
1904	8,19	0,65	0,11	3,65	3,78
1905	8,24	0,65	0,09	3,55	3,95
1906	8,13	0,65	0,09	3,44	3,95
1907	8,20	0,69	0,09	3,31	4,11
1908	8,22	0,69	0,08	3,23	4,22
1909	7,78	0,64	0,07	2,85	4,22
1910	7,26	0,58	0,06	2,52	4,10
1911	7,05	0,60	0,06	2,32	4,07
1912	7,19	0,66	0,05	2,30	4,18

Man beachte: Die Zahl der tödlichen Verletzungen hält sich mit geringen Schwankungen im wesentlichen auf der gleichen Höhe, aber die Zahl der Unfälle, die dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, geht andauernd zurück. Im Jahre 1903 kamen auf 66 Getödete noch 11 dauernd völlig Erwerbsunfähige; im Jahre 1912 war das Verhältnis wie 66 zu 5. Wem will man da weismachen, die Unfälle, die nicht zum Tode führen, würden von Jahr zu Jahr geringfügiger. Um das für wahr hinzunehmen, gehört eine Stärke des Glaubens, die uns mangelt. In der Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften, die von einem Rückgang der schweren Verletzungen und einer Steigerung der geringeren Unfallsolgen berichtet, während sich die Zahl der Todesfälle in wesentlich gleicher Höhe hält, ja in den letzten Jahren noch steigt, spiegelt sich die immer rigorosere werdende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes.

Aus Americas Arbeiterbewegung.

Die amerikanische Arbeiterbewegung weist manche Züge auf, die uns fremd anmuten. Die Gewerkschaftsbewegung ist jenseits des Ozeans stark entwickelt, ihre Formen unterscheiden sich aber in mancher Beziehung sehr wesentlich von den Einrichtungen der Gewerkschaften in Deutschland. Gegen die Bestimmungen der deutschen Verbände, mit den Brudervereinigungen in Amerika in nähere Beziehungen zu treten, haben sich diese lange Zeit hindurch ablehnend verhalten. Eine Besserung in diesem Verhältnis trat erst mit der im Jahre 1909 erfolgten Europareise des Vorsitzenden des amerikanischen Arbeiterbundes Gompers ein. Der amerikanische Gewerkschaftsbund trat damals dem internationalen Gewerkschaftssekretariat bei, und es steht zu erwarten, daß auch manche amerikanische Berufsverbände sich in absehbarer Zeit den bestehenden internationalen Berufssekretariaten anschließen werden, wenn auch hier noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Um die Haltung der amerikanischen Gewerkschaften zu verstehen, ist eine nähere Kenntnis ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte notwendig. Manche Einrichtungen waren bisher nur in rohen Umrissen bekannt. Das ist erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Schilderer dieser Einrichtungen in den weißen Häuten entweder Einwanderer waren, die noch keinen rechten Einblick in den Kern der amerikanischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung gewonnen hatten oder aber Amerikaner, die zwar die amerikanische, nicht aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung kennen und die deshalb manches als selbstverständlich behandeln, was für den deutschen Leser einer gründlichen Erklärung bedürftig hätte.

Der Bericht von Carl Legien über seine Reise nach Amerika veröffentlicht hat, trägt wesentlich dazu bei, dem europäischen Leser abzuhelfen. Deshalb ist die zweite Hälfte seines Buches, die sich mit dem Verhältnismäßig der Arbeiterorganisationen in Amerika beschäftigt, die weitens wichtigere. Als Legien im Jahre 1912 seine Reise

nach Amerika antrat, entsprach er Einladungen, die von zwei verschiedenen Seiten an ihn ergangen waren. Er sollte Vorträge für die sozialistische Partei und für den amerikanischen Gewerkschaftsbund halten. Zwischen den beiden Zweigen der Arbeiterbewegung herrscht in Amerika keineswegs die Harmonie, die in Deutschland als selbstverständlich gilt. Ein Zusammenarbeiten trifft man drüben nur vereinzelt an, häufiger ist ein scharfer Gegensatz. Der Umstand, daß Legien sowohl für die sozialistische Partei, als auch für die Gewerkschaften Agitationsveranstaltungen abhielt, soll, wie er aus Mitteilungen schließt, die er nachträglich aus beiden Lagern erhielt, das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander günstig beeinflusst haben.

Die Beschreibung seiner Reise, die Legien in der ersten Hälfte seines Buches gibt, enthält manche interessante Einzelheiten. So den Besuch im Kongreß, dem amerikanischen Parlament in Washington, in welchem Legien auf die Einladung des Präsidenten eine Ansprache an die Abgeordneten hielt. Von den Führern der amerikanischen Gewerkschaften war auch ein Besuch Legiens bei dem Präsidenten der Republik geplant gewesen, der deutsche Gesandte in Washington hatte aber auf Anfrage mitgeteilt, daß er einen Reichstagsabgeordneten Legien nicht kenne. Auf einer Rundfahrt durch die Straßen von Washington sprachen die amerikanischen Begleiter Legiens, Gompers und Morrison, in der deutschen Botschaft vor und überzeugten den Botschaftler aus dem „Küchener“, den sie sich geliebt hatten, von der Existenz des ihm unbekanntem Abgeordneten. Sie verließen den sich entschuldigenden Vertreter des Deutschen Reiches mit dem guten Rat, sich etwas mehr um deutsche Verhältnisse zu kümmern.

Legien hat sich auf seiner Reise besondere Mühe gegeben, die Einrichtungen der Gewerkschaften kennen zu lernen. Hierbei kam es ihm sehr zu statten, daß ihn der Genosse Baummeister, sein Mitarbeiter in der Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes, als Uebersetzer begleitete. Da Baummeister nicht nur die englische Sprache beherrscht, sondern auch unsere Gewerkschaftsbewegung genau kennt, war es unter seiner Mithilfe möglich, durch geeignete Fragen Einblick in Dinge zu gewinnen, deren Sinn

und Bedeutung andernfalls dem Forscher verborgen geblieben wäre.

Das amerikanische Versammlungswesen unterscheidet sich sehr wesentlich von dem bei uns üblichen. Die Reden, die für den Besuch gemacht wird, geht weit über das hinaus, was man bei uns gewohnt ist, ohne daß allerdings der Erfolg besonders groß gewesen wäre. Dafür haben aber die Besucher den Genuß, außer dem angeforderten Redner, auch noch musikalische und gefangliche Darbietungen entgegenzunehmen. In bürgerlichen Versammlungen treten sogar Akrobaten und Boxer auf, um das Versammlungspublikum bei guter Laune zu erhalten. Die Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften haben zwar häufig keinen wesentlichen Inhalt, dafür aber bestehen genaue Vorschriften über die zu wählenden Formen, welche peinlich beachtet werden.

Für die Aufnahme in die Gewerkschaften, die bekanntlich oft durch sehr hohe Aufnahmegebühren erschwert wird, bestehen ebenfalls bestimmte Vorschriften. Die zu beobachtenden Zeremonien erinnern dabei mehr an die Aufnahme in irgendeine Geheimorganisation, als in eine Gewerkschaft. Die Amerikaner rühmen sich der demokratischen Einrichtungen ihrer Organisationen. Tatsächlich werden z. B. die leitenden Beamten durch Urabstimmung gewählt, und über alle wichtigen Fragen finden Urabstimmungen statt. In Wirklichkeit haben aber die Beamten in ihren Organisationen einen viel weiter reichenden Einfluß als ihre Kollegen in Europa. Der Umstand, daß die leitenden Berufsbeamten hohe Rationen stellen müssen — bei der Brüderschaft der Bauhütten und Zimmerer beträgt die Ration des Generalsekretärs 20 000 und die des Generalsekretärs 50 000 Dollars — erschwert die Auswahl der geeigneten Personen. Dazu kommt, daß der Leiter der Organisation nicht nur das Büropersonal, das meist nicht aus den Kreisen der Mitglieder entnommen wird, anstellt, er ernannt auch die Organisatoren, die in allen Teilen des Landes für die Ausbreitung der Organisation tätig sind und ihr Gehalt aus der Zentralkasse beziehen. Diese Angestellten, die von dem Leiter der Organisation auch entlassen werden können, sind natürlich von diesem in hohem Maß

\* Aus Americas Arbeiterbewegung. Von C. Legien. Verlag der Gewerkschaften der Gewerkschaften Deutschlands.

### Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Schletern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Breslau** (Waggonfabrik Linke-Hofmann-Werke), Finsterwalde (Schwenicke), Gera, R. J. L. (Piano-fabrik Späthe), Görlitz (Möbelfabrik Nerger), Graudenz (Schwarz), Grevesmühlau, Ziefeld, Rbln (Akumulatorenfabrik G. Hagen), Mühlhausen, Thlr., Schönlanke, Torgelow, Willkau i. Sa., Uffen in Holland, Genf.
- Stuhlbauern und -Polierer nach Neuhausen i. Sa.** (Otto Seifert), Willkau i. Sa., Lurn-Teplitz in Böhmen.
- Parquetlegern nach Hannover (Muz).**
- Drechsler nach Dinkelsbühl, Schönlanke.**
- Berggoldern, Grundratern, Verzerrern und Farbigmachern nach Glattbrugg bei Zürich (Dalters).**
- Stellmachern nach Breslau** (Waggonfabrik Linke-Hofmann-Werke), Weimar (Waggonfabrik, Abteil. Güterwagen).
- Korbmachern nach Donnern** (Stüntel, Aufberheide), Geestemünde (Adamis), Schiffdorferdamm bei Geestemünde (Müller), Kristiania in Norwegen, Stockholm, Lenzburg i. d. Schweiz.
- Rammern nach Griesheim (Best).**
- Hörsternmachern nach Neuwied a. R. (Loeb).**
- Klaviermachern nach Gera, R. J. L. (Späthe).**
- Stodarbeitern nach Angermünde (Mittelstädt).**

„Ist denn dem Holzarbeiter-Verband nicht bekannt, daß Holzbearbeitungsmaschinen ohne die neuesten Schutzvorrichtungen von den Maschinenfabriken gar nicht geliefert werden dürfen?“ So fragt die „Fachzeitung“, und wirft sich dabei in die Brust. Ja, ist denn ihr Gewährsmann wirklich so unerfahren, wie er sich stellt? Hat er denn gar keine Ahnung davon, daß gegen diese papiernen Vorschriften in Tausenden von Fällen verstoßen wird, ohne daß ein Sahn danach trägt? Wir empfehlen der „Fachzeitung“ ein Studium der Berichte der Holzberufsgenossenschaften; sie wird daraus entnehmen können, daß in einer riesigen Zahl von Fällen die Anbringung der elementarsten Schutzvorrichtungen an den einzelnen Maschinen angeordnet werden mußte, trotz der Vorschriften für die Maschinenfabrikanten und der Unfallverhütungsvorschriften, die sich auf dem Papier so nett ausnehmen. Dabei wird immer nur ein sehr kleiner Teil der Betriebe wirklich revidiert. Wie groß wäre die Zahl der festgestellten Mängel, wenn, wie es verlangen, alle Betriebe mindestens einmal im Jahre von dem Gewerbeinspektor und dem Vertreter der Berufsgenossenschaft revidiert würden!

Warum wehren sich denn die Unternehmer so sehr gegen eine wirksame Kontrolle der Betriebe? Um vor den Forderungen der Arbeiter gräulich zu machen, leistet sich die „Fachzeitung“ eine hübsche Verdrehung. Sie interpretiert die Petition unseres Verbandsvorstandes dahin, als ob in ihr gefordert würde: „Unterbringung der Parteiführer in Beamtenstellen und Bestrafung der Unternehmer durch die Arbeiter.“ Es ist die zartfühlende, empfindliche „Fachzeitung“, welche diese Leistung vollbringt. Gegen so etwas polemisiert man nicht, man hängt es niedriger.

abhängig. Hält man dazu, daß die nicht immer einwandfreien Methoden bei politischen Wahlen auch auf die Wahlen innerhalb der Gewerkschaften abfärben, dann begreift man es, daß die leitenden Beamten auch dann immer mit großen Mehrheiten wiedergewählt werden, wenn sie auch von einigen Zweigvereinen berechtigterweise auf das heftigste angegriffen werden. Diese Art der Demokratie hat also eine sehr beachtenswerte Rehrseite.

Ein wichtiges Kampfmittel der amerikanischen Gewerkschaften ist das Label, die Gewerkschaftsmarke, welche nachweist, daß das Produkt unter Gewerkschaftsbedingungen hergestellt wurde. Der Label-Agitation wird große Aufmerksamkeit zugewendet. Dagegen sind der direkten Agitation der Mitglieder für die Ausbreitung ihres Verbandes ziemlich enge Schranken gezogen durch das System der geschlossenen Shops. Das besagt, daß Gewerkschaftsmitglieder nur in Betrieben arbeiten, in welchen ausschließlich Angehörige der Organisation beschäftigt werden. Bei Differenzen ist der Gewerkschaftsagent der Wortführer der Arbeiter, auf dessen Befehl, auch aus unbedeutender Ursache, die Arbeit eingestellt wird. Die Gewerkschaftsagenten verfügen demnach über eine große Machtfülle, die sie mitunter in unweiser Weise ausnützen.

Regien schildert die Einrichtungen einiger Gewerkschaften an der Hand ihrer Statuten und Prinzipienklärungen. Er gibt eine Darstellung der Entwicklungsgeschichte des amerikanischen Arbeiterbundes und dessen Gegenorganisationen. Wir können auf diese interessanten Darlegungen hier nicht des näheren eingehen und wollen nur erwähnen, daß wiederholt auf die Bemühungen der katholischen Kirche hingewiesen wird, sich einen Einfluß auf den Arbeiterbund zu schaffen. Es besteht bereits eine katholische Sonderorganisation, die „Militia of Christ“, innerhalb des Arbeiterbundes, die ziemlich aggressiv auftritt, und mit der der Arbeiterbund voraussichtlich noch ernste Auseinandersetzungen zu bestehen haben wird.

Wir können das Studium des Regierens Buches auf das angelegentlichste empfehlen, es wird wesentlich zum Verständnis der amerikanischen Arbeiterbewegung beitragen.

Große Unkenntnis über die Verhältnisse in der Holzindustrie verrät die „Fachzeitung“, wenn sie es darzustellen sucht, als ob mit der Forderung des zehnstündigen Maximalarbeitstages und des Verbots der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und auf Holzlagerplätzen etwas verlangt wird, was praktisch gar nicht in Frage kommt. Zu ihrem Trost wollen wir ihr mitteilen, daß der geforderte zehnstündentag von uns nur als ein erster Schritt auf dem Wege zu einer ausreichenden Verkürzung der Arbeitszeit betrachtet wird. Notwendig ist aber diese Forderung deshalb, weil es eben immer noch eine erhebliche Anzahl von Betrieben in der Holzindustrie gibt, insbesondere in Gegenden, in welchen der Deutsche Holzarbeiter-Verband noch keinen genügenden Einfluß erlangt hat, wo noch länger als zehn Stunden pro Tag gearbeitet wird. Um den Zweifel der „Fachzeitung“ an der Beschäftigung weiblicher Personen an Holzbearbeitungsmaschinen zu beheben, empfehlen wir ihr das Studium der Berichte der Gewerbeinspektoren. Es ist zwar eine ziemlich trodene Deklamation, aber sie ist lehrreich.

Viel Raum verwendet die „Fachzeitung“ darauf, ihre Abneigung gegen ein Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an den Maschinen zu bemängeln. Köstlich ist die Behauptung, daß junge Leute nicht als Maschinenarbeiter, sondern nur als „Abnehmer“ verwendet werden, zur Bedienung nicht der Maschine, sondern der Maschinenarbeiter. „Es ist dies eine Einrichtung, die dem Streben des Arbeiters nach immer größerem Verdienst durch Akkordarbeit ihre Entstehung verdankt.“ So etwas wagt das Unternehmerorgan allen Ernstes zu behaupten. Man sollte eigentlich erwarten, daß Leute, die sich an solchen Diskussionen beteiligen, ein klein wenig Sachkenntnis besitzen. Wer darüber verfügt, weiß, daß die Akkordarbeit die von den Unternehmern bevorzugte Entlohnungsform ist. Wenn wir uns schließlich damit abgefunden haben, so halten wir doch mit aller Energie daran fest, daß Akkordarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen unbedingt bekämpft werden muß. Nun sollen die profitwütigen Arbeiter die Schuld daran tragen, daß jugendliche Arbeiter an den Maschinen beschäftigt werden. Die armen Unternehmer müssen sich dem Verlangen fügen, obwohl sie gern erwachsene Arbeiter an deren Stelle beschäftigt hätten. Mit solchen Argumenten arbeitet die „Fachzeitung“, und sie erwartet dabei noch, daß man sie ernst nimmt.

Recht nett ist es von der „Fachzeitung“, daß sie gegen UnterrichtsKurze für Maschinenarbeiter nichts einzuwenden hat. Sie stellt nur die Bedingung, daß diese Kurse nicht während der üblichen Arbeitszeit und nicht auf Kosten der Unternehmer abgehalten werden. Darüber ließe sich reden. Hoffentlich werden auch die Unternehmer gern bereit sein, die Arbeitskraft eines so ausgebildeten Maschinenarbeiters entsprechend zu bewerten. Etwas tiefer werden sie dann schon in den Beutel greifen müssen, als es jetzt vielfach gegenüber dem ungelerten Arbeiter geschieht, der ohne jegliche Vorkenntnisse an die Maschine gestellt wird. Daß nicht in allen Betrieben ungelerte Arbeiter an der Maschine verwendet werden können, sei ohne weiteres zugegeben. Aber daß sehr häufig völlig unerfahrene Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt werden, darf niemand bestreiten, der Anspruch darauf erhebt, die Verhältnisse in der Holzindustrie zu kennen. Wer darüber nicht orientiert ist, dem ist zu empfehlen, die Berichte der Gewerbeinspektoren und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften nachzulesen.

Trotz allen Veredes der „Fachzeitung“ läßt es sich nicht bestreiten, daß der Unfallchutz in der Holzindustrie noch sehr im argen liegt. Darüber helfen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ebensowenig hinweg als die schönsten Unfallverhütungsvorschriften. Was wir erstreben, sind nicht papiernen Maßnahmen, sondern praktischer Arbeiterschutz. Den wollen wir mit unserer Petition und den sonstigen, von unserem Verband veranstalteten Maßnahmen fördern. Die „Fachzeitung“ legt großen Wert darauf, daß in den Berufsgenossenschaften „dem Arbeitgeber seine Selbständigkeit gewahrt bleiben soll“. Der Arbeiter vertritt höhere Interessen, er will seine gefundenen Glieder, seine Arbeitsfähigkeit wahren. Wenn sich kurzfristige Unternehmer und deren Pressorgane dagegen auflehnen, dann kann uns das nur anspornen, um so energischer unsere Forderung zu vertreten: Mehr Unfallchutz!

### Die gewerkschaftliche Organisation.

Während die Unternehmer darauf ausgehen, den Waren-, Geld- und Arbeitsmarkt zu beherrschen, beschränken sich die Arbeiter zunächst auf die Organisation des letzteren. Erst in der allerneuesten Zeit denken sie — wie die Konsumgenossenschaften und die „Volksfürsorge“ bezeugen — auch daran, auf den Waren- und Geldmarkt einigen Einfluß zu gewinnen. Das wichtigste für sie ist der Arbeitsmarkt. Mittels ihrer Gewerkschaften bemühen sich die Arbeiter, ihn derart zu gestalten, daß sie imstande sind, ihre Ware — die Arbeitskraft — so günstig als möglich zu verwerten. Nichts ist natürlicher als dieses Bestreben der Arbeiter, nichts selbstverständlicher als ihr Anspruch, von dem durch die Verdichtung und Steigerung der Arbeitsleistung sowie durch die Vervollkommnung der Maschinentechnik erzielten Wachstum des Arbeitsertrages gleichfalls einen steigenden Anteil zu erlangen. Das ist solange nicht möglich, solange der freie Wettbewerb gilt, solange die unbeschränkt wilde Konkurrenz der „Hände“ die Unternehmer zu alleinigen Herren

des Arbeitsmarktes macht und damit auch zu Gebietern über die Höhe des Arbeitslohnes, der der Preis der Ware Arbeitskraft ist. Insbesondere in der Frühzeit des Kapitalismus schwärmten die Unternehmer gar sehr für das freie Spiel der Kräfte in der gesamten Volkswirtschaft. Ja, solange eben die Industriellen selbst nicht unter der Konkurrenz litten, weil ihrer noch zu wenige waren, hatten sie für eine Koalition der wirtschaftlichen Kräfte kein Verständnis; am wenigsten selbstverständlich für eine Koalition der Arbeiter. Der Klassenstaat von damals erließ denn auch Koalitionsverbote, die für die Unternehmer wie für die Arbeiter galten. Daß diese Verbote die Arbeiter viel härter, ja nur sie allein trafen, liegt auf der Hand. Denn sie brauchten eben die Koalition, die Unternehmer aber nicht; letztere konnten deshalb auf das Koalitionsrecht ohne weiteres verzichten und den Arbeitern leicht einreden, daß dies der naturgemäße Zustand sei. Aber es zeigte sich nur zu bald, wie vorteilhaft der Zustand für die Unternehmer, wie schädlich er für die Arbeiter war. Unter dem Schein des gleichen Rechtes kam eine große Verschiebenheit der Machtverhältnisse zum Ausdruck, die die Arbeiter auf die Dauer nicht ertragen konnten. Geheimbünde („Verschwörungen“), wilde Empörungen, Tumulte sowie Szenen der Zerstörung von Fabriken und Maschinen waren die unvermeidliche Folge. Denn die arbeitssparenden Maschinen verschärften das Uebel, das in der Unorganisiertheit des Arbeitsmarktes und dem Ueberangebot der Arbeitskräfte lag, und da man diese beiden nicht beseitigen konnte, rächte man sich an den ersteren.

Die Aufhebung der Koalitionsverbote ermöglichte es den Arbeitern, an eine planmäßige Organisation zu schreiten. Die Bewegung kommt jetzt in neue Bahnen. Aber nicht nur deswegen, weil das äußere Hindernis gefallen war, sondern weil ungefähr zur selben Zeit der Industrialismus einen mächtigen Aufschwung nahm. Es war die Zeit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Der deutsch-französische Krieg hatte das Ideal der Bourgeoisie der Verwirklichung nahegebracht: ein mächtiger Staat mit national-einheitlicher Wirtschaftsgrundlage war entstanden. Nun konnte sich der Kapitalismus regen, und er regte sich. Das Bürgertum stand wirtschaftlich und demgemäß auch politisch im Vordergrund. Die Arbeiterklasse hatte sich erst ihre wirtschaftlich entwickelteren Weststaaten, vor allem in England und Frankreich, seine ersten Flügelschläge getan, erweckte auch das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats und entfachte den Kampf gegen die im Klassenstaate organisierte Bourgeoisie, um ihn alsbald durch den Kampf gegen die unmittelbare Unterdrückung seitens eines profitgierigen Unternehmertums zu ergänzen.

Nachdem die Koalitionsverbote in den deutschen Staaten gefallen waren, war die Bahn, wenn auch nicht vollständig, so doch vom größten Hindernis freigeworden. Bereits am 16. September 1868 hatte in Berlin ein allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß getagt, der als eine Hauptaufgabe der zu gründenden Gewerkschaften die „planmäßige zusammenhängende Organisation der Streiks durch ganz Deutschland“ bezeichnete. Zwar stellte sich eine Gruppe, die früher schon im Schatten des Bürgerturns gestanden (Hirsch-Dunder) zur Seite, und 26 Jahre später rief die starkgewordene katholische-Merkale Partei (Sentrum) „christliche“ Gewerkschaften ins Leben; aber der Aufstieg der freien Gewerkschaften war weder damals noch jetzt aufzuhalten. Ungeachtet aller künstlichen und natürlichen Schwierigkeiten, die ihm die Gegner bereiteten und die in der Sache selbst, der Rückständigkeit der Arbeitermassen lagen, ging er vor sich.

In der Entwicklung der Gewerkschaften macht sich natürlich der Einfluß der Wirtschaftskrisen und der Hochkonjuncturen bald ungünstig, bald günstig bemerkbar. Je älter und größer aber die Organisationen werden, je mehr sich ihre Verhältnisse konsolidieren und je reifer die Masse ihrer Mitglieder wird, desto mehr gleichen sich die ungünstigen und günstigen Wirkungen aus. Die Mitgliederverluste mindern sich, die Bestände erhalten eine gewisse Stabilität. Die Kraft der wirtschaftlichen Rückschläge prallt ab an der materiellen und geistigen Kraft der freien Gewerkschaften. Die Arbeiter erkennen dies auch immer mehr und fangen an, gerade in solchen Zeiten den unvergleichlichen Wert der Organisation zu schätzen. Je feindseliger sich die staatliche Gewalt und die öffentlichen Gewalten überhaupt verhalten, desto greifbarer tritt für die Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation als der einzige zuverlässige Port, als ihre wichtigste und wertvollste Zuflucht in Erscheinung.

Dazu kommt noch ein bedeutames Moment, der Umstand nämlich, daß die freien Gewerkschaften einen universellen Charakter haben: Sie umfassen nahezu alle Industriezweige und Gewerbe, so daß die gesamte Volkswirtschaft in ihnen vertreten ist. Zwar hat es die Großindustrie vermöge ihrer Kapitalstärke und der daraus resultierenden Uebermacht bisher verstanden, „ihre“ Arbeiter zu einem verhältnismäßig erheblichen Teile von den freien Gewerkschaften abzupferren; aber diese Möglichkeit wird nicht dauernd bestehen und früher oder später wird von den freien Gewerkschaften auch zu dieser Gade der Stiel gefunden, wird das ihnen gestellte Organisationsproblem gelöst werden. Der Vormarsch der freien Gewerkschaften ist nicht aufzuhalten, gerade deshalb nicht, weil sie in allen Produktionsgruppen heute schon eine große, vielfach auch eine entscheidende Rolle spielen und weil sie mit der Gesamtarbeiterschaft in einem unwiderstehlichen Zusammenhang stehen.

Wir haben schon erwähnt, daß die Gewerkschaften naturgemäß stark dem Einflusse der Konjunktur unterliegen. Das gilt sowohl hinsichtlich der Mitgliederbewegung als hinsichtlich der Finanzen. Letztere zeigen nicht dieselbe Ver-

Anfälligkeit wie jene. Die Einnahmen sinken nicht in dem gleichen Maße wie die Mitgliederziffern, und das Vermögen hält sich auch in Krisenzeiten im allgemeinen zumindest auf dem gleichen Niveau, weil vorwiegend die schlecht entlohnenden Mitglieder verloren gehen bzw. weil die Gewerkschaften Verluste erleiden, die hauptsächlich niedrig entlohnte Arbeiter umfassen. Deren Auscheiden fällt daher finanziell nicht so ins Gewicht, wie rein numerisch. Die Fluktuation der Mitglieder ist übrigens oft auch während einer Hochkonjunktur eine erhebliche, und sie ist relativ stärker bei kleinen als bei großen Organisationen. Der Wechsel erfährt mit der Zeit — von einem gewissen Stock an Mitgliedern abgesehen — alle oder doch die meisten Arbeiter einer Branche, so daß eigentlich die Gewerkschaften vielfach, als Kadere, d. h. als Organisationen anzusehen sind, die mit der gesamten Arbeiterschaft, also auch jenem Teile, der augenblicklich nicht zur Mitgliedschaft zählt, in Verbindung steht und Beziehungen unterhält, was bei einem Lohnkampfe von nicht zu unterschätzendem Werte ist.

**Aus der Branche der Modelltischler.**

E. F. Jede Branche hat ihre Besonderheiten. Unsere Agitationserfolge sind zum guten Teil davon abhängig, inwieweit wir vermögen, dieser Eigenart Rechnung zu tragen. Deshalb haben wir unsere Branchenagitationskommissionen ins Leben gerufen, und diesem Zweck sollen vor allem auch unsere Branchenkongresse dienen.

Zwar haben sich unwalzende Neuerungen in unserem Gewerbe nicht bemerkbar gemacht. Das heißt: die maschinellen Einrichtungen in den Werkstätten und die Entlohnungsmethoden sind in der Hauptsache dieselben geblieben. Was uns zwingt, einen Meinungsaustausch auf einer Branchenkongress herbeizuführen, ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren die gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen der für uns in Frage kommenden Unternehmerverbände geradezu multilateral und einheitlich durchgeführt worden sind. Diese Maßnahmen bestehen in der Beeinflussung und bewußten Irreführung der öffentlichen Meinung durch die ihnen ergebene Presse, durch ihren Druck auf die Gesetzgeber und nicht zuletzt durch Selbsthilfe. Mit letzterer wollen wir uns kurz befassen.

Es gab eine Zeit, in der die großen Maschinenfabriken, kraft ihrer Monopolstellung auf dem Wirtschaftsmarkt verhältnismäßig gute Löhne zahlten. Jedes Werk benötigte eben einen Stamm tüchtiger Modelltischler. Es wurde auf durchaus solide und genaue Arbeit das Hauptgewicht gelegt. Das Arbeitstempo war im allgemeinen erträglich. Dazu kam, daß den ehemaligen Bau- und Modelltischlern, Stellmachern usw., die gewissermaßen als Saisonarbeiter gelten konnten, ein fast stabiles Arbeitsverhältnis innerhalb der Großbetriebe in Aussicht stand. Selbst bei Geschäftskrisen wurden wenig Kollegen entlassen. Es wurde in solchen Fällen verkürzt gearbeitet. Die Unternehmer beliebten mehr ein patriarchalisches Regiment zu führen. All dies bewirkte, daß in vielen alten Betrieben die Jubilare einen recht erheblichen Prozentsatz der Arbeiter bilden.

Inzwischen hat sich vieles geändert. Die straffere Organisation bei den Bau- und Modelltischlern hat die Löhne in diesen Branchen bedeutend gehoben und die Arbeitszeit verkürzt. Infolgedessen hat der lebhafteste Zugang gerade der tüchtigsten Kräfte aus anderen Branchen des Holzgewerbes bedeutend nachgelassen. Infolgedessen wurde die Lehrlingsausbeutung in der Modelltischlerei systematischer als bisher betrieben. Zwar sind die Meister, die den Großbetrieben rechtlos sind und mehr geknechtet werden als manche Arbeiter, nicht gerade erbaud davon. Aber sie haben sich zu fügen. Die „Ausbildung“ hängt größtenteils von der Zeit und dem guten Willen der Kollegen ab.

Wenn auch, wie schon bemerkt, in unseren Werkstätten in betriebswirtschaftlicher Hinsicht so gut wie keine Veränderungen eingetreten sind, so lehrt uns der Augenschein alle Tage, daß fast in allen Branchen der Metallbearbeitung die wissenschaftlichen Ratsschlüsse der Unternehmerratspresse ausprobiert werden. Ganz besonders hat das aufsehenerregende Buch des amerikanischen Ingenieurs Taylor dazu beigetragen, die deutschen Arbeiter mit dem Odium der Bequemlichkeit und Langsamkeit zu belegen. Was Wunder, daß man auch in unserer Branche über zunehmende Untertreibung und Geharbeit zu klagen hat. Heute, wo ein Maschinentyp den anderen jagt, ist man davon abgekommen, Modelle zu bauen, die gewissermaßen Ewiglebenswert haben. Die Lösung ist jetzt: In möglichst kurzer Zeit ein großes Quantum Arbeit. Machen Sie nicht so viel Geschichten mit dem Ding, es wird nicht allzuweit gebraucht werden“ oder „Die Modelle müssen zum Abguss, wenn sie nur einigermaßen gehen, wir haben kurze Lieferfrist“. Das sind fast ständige Redensarten unserer Antreiber geworden. Der Kontrollstempel am Beginn und am Schluß der Modellarbeit und das persönliche Gehgefühl der Kollegen ergänzen noch die Geharbeit. Die rapid in die Höhe geschraubten Ziffern der nervenkranken Modelltischler sind die unausbleiblichen Folgen dieses Systems. Wo auch unsere Kollegen vorstellig werden, bei sogenannten stillen Lohnbewegungen, überall wird der Kommision gesagt: „Gegen eine Lohnaufbesserung an sich wäre nichts einzuwenden, aber die Leistungsfähigkeit der Tischlerei ist viel zu gering; es muß bedeutend mehr geleistet werden.“

Es zeigt sich auch, daß unsere Branche der Modelltischler, in der das Produkt vom Anfang bis zur Fertigstellung in der Regel in einer Hand bleibt, und deren Arbeit nicht mit Leichtigkeit in verschiedenen Teiloperationen aufgesplittet werden kann, ganz besonders unter dem Argwohn unserer Betriebsleiter zu leiden hat. Die Verfallulation und die Arbeitsleistungsberechnung ist eben im Modellfach nicht so leicht und durchsichtig wie z. B. beim Dreher, Hobler und Fräser in der Metallbearbeitung. Und unserer Meister rort man schon lange nicht mehr. Wenn sie nicht ganz bewußt Schweißarbeit erwidern, gelten sie als ebenso verhasst wie die Arbeiter ohne Charge.

Wenn wir uns nicht so konteraktiv und rückwärtig zu stellen, daß auf einige Zeiten alles beim Alten bleiben muß. Schließlich können wir die Entwicklung nicht auf-

halten. Damit soll nicht gesagt werden, daß wir für jede veraltete Idee irgendeines strohsamen Betriebsleiters zu haben sein werden. Taylor selbst hat zu seinen wissenschaftlichen Vorschlägen Arbeiter mit „mittlerer Intelligenz“ verwendet. Wir glauben, daß selbst unsere Kollegen, die über diese Qualifikation verfügen, nicht so dumm und kurzschichtig sein werden, dem Beamten mit der versteckten Kontrollrolle in jeder Weise zu Willen zu sein. Aber eines steht fest: Die wissenschaftlichen Erörterungen in der Unternehmerratspresse und die moderne Fabrikbetriebslehre werden eine noch schärfer einsetzende Untertreibung und die Vermehrung der Kontrollbeamten und Aufspäher zur Folge haben.

Das rücksichtslose Vorgehen der um ihre Existenz bangenden Werksbeamten, die zunehmende Teuerung und die wachsende Existenzunsicherheit haben bewirkt, daß die Belegschaften der Eisenindustrie leichter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen waren. Da nun nach Ansicht der Industriellen die Betriebe nur aufrecht zu erhalten sein sollen, wenn der unbeschränkteste Fabrikdespotismus aufrecht erhalten werden kann, und jede von außen hineingetragene Störung des Ausbeuterfriedens den Ruin des Werkes zur Folge haben muß, blieb man nicht bei den bisher beliebten Maßnahmen einzelner „Häufelstörer“ und „Seher“ stehen. Es wurden Ausperrungen versucht. 60, 50 Prozent war die Regel. Aber die Waffe erwies sich als kostspielig und gefährlich. Gerade die Werksabteilungen, die zur Aufrechterhaltung der Betriebe unumgänglich notwendig waren, standen oft fast völlig leer. Man mußte also Sorge tragen, daß man möglichst in allen Branchen einen Stamm Leute binden und züchten könne, der in solchen Fällen standhält. Außerdem sollen schließlich die Leute in Friedenszeiten die Durchführung der Amerikanisierungspläne erfindungsreicher Fabrikdirektoren ermöglichen. So schreit man zur Gründung und Aufspäppelung der gelben Werkvereine. Den bescheidenen Anfang machten fast überall die Jubilare. Diese mußten ihre Arbeiterehre zum Opfer bringen. Innerlich gehören sie uns an. Blutapfelstein!

Eine Anzahl Leute finden sich auch überall, die wenig leisten können und doch auch leben wollen. Dazu kommen noch eine Anzahl Streber, Angsthasen und Drehköpfe, und der gelbe Verein ist beisammen. Vielleicht begreifen die obersten leitenden Beamten eines solch geeigneten Betriebes nach gelungenem Spiel das frohe Ereignis mit einigen Pullen Sekt und lachten über die blöden Schafe, daß die Wände dröhnten. Selbstverständlich halten sich die Werksbeamten für verpflichtet, mit dem nötigen Terrorismus sogar, die Geschichte zu unterstützen. Was tut so ein armer Wicht nicht alles, um oben gut angeschrieben zu sein.

Freilich suchen nicht alle Beamten so tief. Manchen stinkt die Komödie an und sie geben nicht selten ihre Abscheu der widerlichen Gesellschaft gegenüber in recht drastischen Ausdrücken zu erkennen. Das sind in der Regel diejenigen Beamten, die in Wirklichkeit etwas leisten können. Aber etwas vermissen die Macher des Ganzen. Es ist der junge, leistungsfähige Nachwuchs. Um dem abzuhelfen, werden gelbe Lehrlingsabteilungen geschaffen. Da es in vielen Werken üblich ist, einen Teil des bescheidenen Lehrlingslohnes zurückzubehalten und nach beendeter Lehrzeit als Prämie für Fleiß und Wohlverhalten, mitunter in Höhe bis 150 Mt. auszusahlen, so begreift jeder, daß dem, um die gute Gewinnung bangenden Fabriksherrn eine famose Handhabe geboten ist, die denn auch gründlich ausgenützt wird. In der Lehrlingsversammlung im Betrieb, nach Feierabend natürlich, wird den jungen Leuten mit dem Jauchepfehl gemunkelt. Die Eltern brauchen die Klapper und willigen ein. Damit zwei Fliegen mit einer Klappe fallen, werden Elternabende veranstaltet. — Wer da noch zu sagen wagt, daß die guten Unternehmer nichts für ihre Leute tun, dem ist einfach nicht zu helfen. Die gelbe Pflanze, die nun einmal den Terrorismus braucht, wie ein natürliches Gewächs die Sonne, hofft besonders während der Krise hochzukommen. Also: Die wachsende Not soll die aufrechten, charakterfesten Kollegen müde machen, damit sie geneigt sind, den Schimpf dieses gelben laudatorischen Joches auf sich zu nehmen. Diesem Zweck soll auch der gelbe Arbeitsnachweis, in Verbindung mit den örtlichen Maßregelungsbüros, dienen. Diese Tatsachen mögen genügen, um uns klar werden zu lassen, daß wir in Zukunft nicht nur unsere Gewerkschaftstatistik bei Lohnkämpfen, sondern auch unsere Agitation den veränderten Verhältnissen entsprechend anpassen müssen. Wir müssen geschlossener, einheitlicher vorgehen. Soweit es die örtlichen Abweichungen zulassen. Das erste Erfordernis hierfür ist die gründlichste Kenntnis aller Vorgänge im gegnerischen Lager.

Um der Gegenagitation der Gelben zu begegnen, ganz besonders mit Rücksicht auf unseren jungen Nachwuchs, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, werden wir in Zukunft besser als bisher achtgeben müssen. Im Umgang mit denjenigen Gelben, die dem Zwang der Obergehen und Beamten zum Opfer gefallen sind, dürfen die Brüden nicht abgebrochen werden. Sobald sie Ellenbogenfreiheit haben, dürften sie wieder in unseren Reihen zu finden sein. Von Zeit zu Zeit wird ihnen ein Schriftchen oder Flugblatt zuzufellen sein, das ihnen den Spiegel gründlich vorhalten soll. Jedoch muß in Form und Sprache auf guten kameradschaftlichen Ton gehalten werden. In unseren Versammlungen haben wir die Werksbeamten mehr als bisher zu schonen. Wir dürfen nicht vergessen, daß für die Zustände, die wir kritisieren müssen, die Geschäftsinhaber verantwortlich sind. Das heißt die Wölfe verantwortlich machen für den Blig, der uns trifft“. Dagegen haben wir unsere Kollegen dazu zu erziehen, daß sie sich der Ungehörigkeiten und Uebergriffe der einzelnen Beamten auf der Stelle erwehren. Gellngt uns das, dann dürften viele Beschwerden von selbst verschwinden. Also mehr und bessere Aufklärung, gutes kameradschaftliches Zusammenarbeiten, mehr Beweglichkeit und Anpassung, dann kommen wir vorwärts, trotz Taylor und Lebus!

**Berichte von den Goutagen.**

**Die Goutagen in Danzig.**

Die Konferenz, die am 1. März in Danzig stattfand, war von 50 Delegierten aus 38 Zahlstellen besetzt. Nicht vertreten waren: Goldap, Marienwerder, Neustettin, Pr.-Holland, Ruh, Soldau, Stallupönen und Treprow.

Der Goutvorsteher, Kollege Aug. St. d. f. l. h., wies in seinem Bericht auf die großen Schwierigkeiten hin, unter denen die Agitation im Gau zu leiden hatte. Alle gewerkschaftlichen Organisationen betrachten die örtlichen Provinzen als ein großes Rekrutierungsgebiet neuer Mitglieder. Dadurch werden bedauerlicherweise sehr oft Grenzstreitigkeiten heraufbeschworen. Hauptächlich sei es der Fabrik- und der Transportarbeiter-Verband, die bei ihrer Werbottätigkeit nicht immer einwandfrei handelten. Bei der Besprechung der Lohnbewegungen schildert Stiefeld das verräterische und unzuverlässige Verhalten der Pirche, Christen und Polen. Kadner zeigt die großen Schwierigkeiten bei den einzelnen Lohnbewegungen in den Zahlstellen und das brutale Verhalten der Unternehmer und Behörden. Bei der Schilderung des Lohnkampfes in Ragnit, bei dem der Kollege Sirolat von einem Gendarmen erschossen wurde, benutzte sich der Versammelten eine tiefe Erregung. Es wurde beschlossen, bei den anwesenden Delegierten eine Sammlung zu veranstalten, um für das Opfer der Polizeiherrschaft einen Denkstein setzen zu können. Diefelbe ergab die stattliche Summe von 50 Mt.

In der nachfolgenden regen Diskussion wurde von den meisten Rednern darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich schwer an die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen gewöhnen können und daß es in einer Reihe von Fällen notwendig war, durch Arbeitloslegung, die Arbeitgeber zur Anerkennung der abgeschlossenen Tarifverträge zu zwingen. Ein besonders markanter Fall, wie die Kollegen um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen müssen, wurde aus Johannesburg berichtet. Hier hatten die Kollegen auf den Schneidemühlen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 20 bis 24 Pf. auf 30 Pf. gefordert. Diese Forderung wurde vom Unternehmer rundweg abgelehnt. Als die Kollegen die Arbeit niederlegten, war am anderen Tage der Betrieb von Gefangenen besetzt. Eine Beschwerde, die bis an den Justizminister ging, war erfolglos. Es wurde von den meisten Delegierten darüber Klage geführt, daß sich die beherrschenden Organe als wachsame Hüter der Unternehmer ergaben.

Kollege Schneegab gab sodann ein beifällig aufgenommenes Referat über die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Er ging dabei gleichmäßig auf die dem Goutage vorliegenden Anträge ein. Alle Anträge, die auf eine Erhöhung der Unterstützungssätze hinzuliefen, mußten abgelehnt werden, wenn nicht gleichzeitig größere Mittel bereitgestellt würden. An eine Erhöhung der Beiträge sei aber doch gegenwärtig nicht zu denken. Annehmbar sei nur der Antrag, die Arbeitslosenunterstützung auf sieben Wochen auszuweihen. Kadner gibt die gewaltigen Summen bekannt, die für die Unterstützung der arbeitslosen Kollegen ausgegeben sind. Auf Konto der großen Arbeitslosigkeit sei die beträchtliche Abnahme des Mitgliederbestandes zu sehen. Auch die Anträge, noch mehr wie bisher Kollegen freizustellen, mußten abgelehnt werden, da der Vorstand in dieser Beziehung das denkbar größte Entgegenkommen gezeigt habe.

Nach einer recht eingehenden Diskussion wurde beschlossen, dem Antrage, die Dauer des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung auf sieben Wochen zu verlängern, zuzustimmen. Angenommen wurde weiter ein Antrag, verheirateten Mitgliedern, die im Falle eines Streiks, Ausperrung oder Maßregelung benötigt sind, den Ort zu verlassen, die vollen Umzugskosten als Unterstützung zu gewähren. Ferner wurde beschlossen, die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu verpflichten, mehr wie bisher die eingesandten Zahlstellenberichte zu berücksichtigen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband wurde der Goutag geschlossen.

**Die Goutkonferenz für den Gau Stettin**

tagte am 22. und 23. Februar in Strelitz (Vlt). Vertreten waren 32 Zahlstellen durch 38 Delegierte. Außerdem vier Kollegen vom Goutvorstand und ein Vertreter des Verbandsvorstandes. Aus dem Bericht des Goutvorstandes, den der Kollege Fallenberg erstattete, ist zu entnehmen, daß auch im Gau Stettin eine ziemliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, welche sich sogar auf kleinere Zahlstellen erstreckt. Es ist deswegen nicht möglich gewesen, erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Immerhin war es notwendig, zwecks Regelung von Lohnunterschieden 185 mal einen Vertreter zu entsenden, außerdem waren 55 Verhandlungen mit den Arbeitgebern erforderlich. An der großen Tarifbewegung 1913 war unser Gau mit den Zahlstellen Dreßswald, Schwerin, Stargard und Stettin beteiligt. Zum Zwecke der Agitation hatte der Goutvorstand in den beiden Jahren 264 Versammlungen abgehalten, außerdem wurde in 57 Fällen Hausagitation vorgenommen. Der Mitgliederstand war am Schlusse des Jahres 1911 3733, Ende 1912 4220 und am Schlusse des Jahres 1913 4230, mithin im letzten Jahre eine Zunahme von 19, und seit dem Jahre 1911 eine Zunahme von 506 Mitgliedern. In Zukunft wird die Agitation unter den Sägereiarbeitern intensiver betrieben werden müssen. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Raugard und Waren, so daß zurzeit 45 Zahlstellen dem Gau angehören.

In der Diskussion erklärten sich die Redner mit der Tätigkeit des Goutvorstandes einverstanden. Von den Stettiner Delegierten wurde die Stellungnahme der Vorstande beim verflorenen Werstarbeiterkampfe kritisiert, ebenfalls wurde von einer Reihe von Rednern auf die Schwierigkeit der Agitation unter den Sägereiarbeitern hingewiesen. Immerhin wurde anerkannt, daß wir jetzt, nach Abschluß der Kartellverträge, alles daransehen müssen, diese Kollegen für uns zu gewinnen.

Ueber den bevorstehenden Verbandstag in Dresden referierte der Kollege Veipart. Neben verschiedenen anderen Fragen sind es besonders zwei, welche vornehmlich behandelt werden müssen, unsere Tarifpolitik mit dem Schutzverband und die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung. Bezüglich der Tarifpolitik klagen die Worte des Referenten dahin aus, daß wir keine Ursache haben, von unserer bisherigen Taktik abzuweichen. Selbst der Werstarbeiterkampf sollte für den Verbandstag kein Anlaß sein, unsere bisherige Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung befristete der Referent die in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gemachten Vorschläge des Vorstandes, da man ohne Beitragserhöhung nicht weiter gehen könne.

In der Diskussion wurden Stimmen laut, welche eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung wünschten selbst auf die Gefahr einer Beitragserhöhung. Es stellten sich aber auch Kollegen auf den Standpunkt, daß sie die Vorschläge des Vorstandes deswegen ablehnten, weil sie den Kampffonds nicht schwächen wollen, und nur dann einer Erweiterung der Unterstützung zustimmen würden, wenn auch zugleich die Beiträge erhöht würden. Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge des Vorstandes bezüglich der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung angenommen. Weiter wurde folgender Antrag für den Verbandstag angenommen: „Die Sterbeunterstützung wird allen Mitgliedern, bei Verheirateten auch deren Ehefrauen, nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft gezahlt, wie im § 78 des Statuts festgelegt.“ Angenommen wurde dann noch folgender Antrag: „Die Verwaltung ist verpflichtet, innerhalb des Quartals mindestens einmal die Kasse unvermehrt zu revidieren und den Resultat der Revision unverzüglich an den Gauvorstand zu berichten.“ Die nächste Gaukonferenz soll in Greifswald stattfinden. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt, und nach einem anfeuernden Schlußwort des Gauvorstehers wurde dieselbe mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband geschlossen.

**Gautag in Dresden.**

Die Gaukonferenz tagte am 28. Februar und 1. März im Gewerkschaftshaus in Dresden. Aus 49 Zahlstellen waren 59 Delegierte und als Vertreter des Hauptvorstandes Kollege Papp erschienen. Die Zahlstellen Deutsch-Eissa, Kreuzburg, Lauban, Löwenberg, Rawitsch und Rybnick hatten keine Delegierten entsandt.

Der Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes während der Jahre 1912 und 1913 war den Delegierten gedruckt bzw. verpöflichtigt eine Woche vor der Konferenz zugestellt worden. In den Erläuterungen zum Bericht bezüglich der Agitation hob Gauvorsteher Kollege Kohl besonders hervor, daß wir während zwei Drittel der ganzen Berichtszeit eine geradezu trostlose Konjunktur hatten und somit der Agitation und dem Fortschreiten der Organisation bedeutende Hindernisse entstanden waren. Obwohl das Jahr 1913 einen bedeutenden Teil des Aufschwunges von 1912 absorbierte, bleibt gegen den Stand bei der vorherigen Gaukonferenz noch eine effektive Mitgliederzunahme von 376. Drei Zahlstellen sind während der Berichtszeit eingegangen, dagegen konnten sechs neue Zahlstellen gegründet werden. Am Schlusse des Jahres 1913 hatten wir in 49 Zahlstellen 8149 Mitglieder.

Gauvorsteher Kollege Dietrich ließ die Lohnbewegungen im Gau während der letzten zwei Jahre Revue passieren; er wies darauf hin, daß das manchmal allzu stürmische Drängen der Kollegen seine Grenze in den tatsächlichen Verhältnissen habe und daß vor allen Dingen überreifes Vorgehen der Kollegen uns oft um den sonst sicheren Erfolg bringen kann. Im Allgemeinen hatten wir bei den Lohnbewegungen gute Erfolge zu verzeichnen, wenn auch durch die Ungunst der Verhältnisse nicht immer alle Wünsche durchgeführt werden konnten. Die Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes war sehr rege und ergab die Zustimmung der Konferenz zu den Intentionen des Gauvorstandes.

Hierauf hielt Kollege Papp ein sehr instruktives Referat über unsere Tarifpolitik und über die Aufgaben unseres nächsten Verbandstages in Dresden. Bei der Diskussion hierüber sowie über die gestellten Anträge wurde alleseitig betont, daß unser Hauptaugenmerk auf die Stärkung unseres Kampffonds gerichtet werden müsse, und der vorhandene Kampffonds auf keinen Fall durch erweiterte Unterstützungseinrichtungen gefährdet werden dürfe. Es wurden dann auch alle Anträge, die eine wesentliche Erweiterung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung bezweckten, zugunsten der diesbezüglich vom Vorstand gestellten, schon sehr weitgehenden Anträge, abgelehnt bzw. zurückgezogen. Zwölf Anträge, die andere Punkte des Statuts betreffen, wurden, zur Uebernützelung an den Verbandstag, angenommen. Vier Anträge, die Ausnahmen für ältere und langjährige Verbandsmitglieder verlangen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Nach Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ gab Kollege Dietrich einen Rückblick über die Verhandlungen, zeichnete mit kräftigen Strichen unsere nächsten Aufgaben und forderte die Delegierten auf, nimmehr die richtige Anwendung aus den Verhandlungen zu ziehen, und all die Erfahrungen und Anregungen, die die Konferenz zeitigte, in den Zahlstellen nutzbringend im Interesse der Kollegen und zum Fortschritt der Organisation zu verwenden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband wurde hierauf die Konferenz geschlossen.

**Der Gautag für den Gau Leipzig**

fand am 21. und 22. Februar im Chemnitzer Volkshaus statt. Er war von 71 Delegierten besetzt. Außer den Gauvorstandsmitgliedern war der Kollege Papp als Vertreter des Hauptvorstandes anwesend.

Den Bericht über die Lohnbewegungen erstattete Kollege Thielemann. Darnach haben in der Berichtszeit (1912 und 1913) 52 Einzelbewegungen mit 11 465 beteiligten Kollegen stattgefunden. Diese Zahl erhöht sich noch um 1813, die durch Schiedspruch an der Tarifbewegung im Jahre 1913 beteiligt waren. Demnach haben insgesamt 13 278 Personen in einer Angriffsbewegung gestanden. Lohnerhöhungen wurden für 11 899 Kollegen erreicht. Die Stundenlöhne erhöhten sich um 2 bis 8 Pf. Im Durchschnitt 4,8 Pf. pro Stunde. Für 10 401 Kollegen wurde die Arbeitszeit um ein bis vier Stunden pro Woche vergrößert. Im Durchschnitt 1,4 Stunden pro Woche. Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder mit deren Organisationen fanden insgesamt 229 statt. Abwehrstreiks wurden neun mit 239 Beteiligten geführt. Davon endeten fünf mit Erfolg, einer mit teilweiser und drei ohne Erfolg. Redner hob besonders hervor, daß die Erfolge in den Jahren 1911 und 1912 wesentlich bessere waren. Das Jahr 1913 habe bereits in Zeichen des schmerzlichen Wirtschaftsniederganges gestanden, unsere Aktionsfähigkeit sei dadurch herabgedrückt worden, so daß ein gut Teil der Kollegen mit ihren Wünschen hätten zurücktreten müssen. Ferner sei mit zu erwähnen, daß sich viele Unternehmer,

speziell in unserem Gau, dem Deutschen Industrie-Schutzverband angeschlossen haben, der unser Vorwärtsstreben durch seine scharfmacherischen Manipulationen nicht nur erschwere, sondern der es mit der Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nicht allzu genau nehme. Dem Treiben dieser Organisation müsse in Zukunft erhöhtes Augenmerk geschenkt werden.

Ueber die Agitation berichtete Kollege Werner. In der Berichtszeit haben insgesamt 962 Veranstaltungen stattgefunden, die ausschließlich der Agitation dienten. Darunter allein 458 Versammlungen, wozu der Gauvorstand einen Redner stellte. Ferner 288 Werkstattversammlungen und 72 sonstige Besprechungen. Außerdem wurden 104 Hausagitationen unternommen. Trotz dieser recht umfangreichen Tätigkeit sei ein wesentlicher Fortschritt nicht zu verzeichnen. Wohl hätte uns das Jahr 1912 eine Mitgliederzunahme von 1890 gebracht, das Jahr 1913 dagegen eine Abnahme von 922, so daß in beiden Jahren nur eine Mitgliederzunahme von 917 Kollegen zu verzeichnen sei. Die Zahlstellen Ronneburg und Langenberg wurden mit Gera verschmolzen. Im Gau bestehen gegenwärtig 81 Zahlstellen. Redner ermahnt die Kollegen, in der gegenwärtigen Zeit nicht wankelmütig zu werden. Wir hätten keine Ursache, schwarz in die Zukunft zu schauen. Gerade in der Zeit der Krise müsse die Agitation recht intensiv betrieben werden, um bei aufsteigender Konjunktur unseren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können. Den Stand der Mitglieder im Gau auf 25 000 zu bringen, müsse unser nächstes Ziel sein.

In der darauffolgenden Diskussion wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes alleseitig anerkannt sowie verschiedene Anregungen für die fernere Agitation gegeben. Bezüglich der vorjährigen Vertragsverhandlungen kritisierte ein Leipziger Kollege den Schiedspruch. Er vertrat die Ansicht, wenn die dortigen Kollegen allein vorgegangen wären, hätten sie mehr erzielt. Von Seiten des Gauvorstandes wurde dies bezweifelt. Im Gegenteil müßten die Kollegen der großen Zahlstellen es begriffen, daß durch den Schiedspruch verschiedene kleine Orte wesentliche Fortschritte gemacht hätten, die sie aus eigener Kraft kaum erreichen konnten. Die Solidarität erfordere, daß die Kollegen der großen Zahlstellen auf die der kleinen etwas mehr Rücksicht nehmen müßten. Die weitere Diskussion ergab, daß der betreffende Kollege mit seiner Ansicht allein stand.

Hierauf hielt der Kollege Papp-Berlin sein Referat über den Verbandstag in Dresden. Die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung würde im Vordergrund der Verhandlungen stehen. In einer Reihe Zahlen wies der Redner nach, daß an eine Erhöhung der Unterstützung kaum zu denken sei. Der Antrag des Vorstandes, die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung um eine Woche zu verlängern, werde dem Verbandsrat 180 000 Mk. kosten. Es sei unmöglich, unter den jetzigen Einnahmen die Unterstützungen noch weiter auszubauen. In der gegenwärtigen Zeit müsse eine Erhöhung der Beiträge ebenfalls als undiskutabel bezeichnet werden. Unsere oberste Pflicht sei nach wie vor die Stärkung unseres Kampffonds. Die Gegner würden frohlocken, wenn wir die Mittel für andere Zwecke aufwenden wollten. Redner streift noch die Neueinteilung der Orte in die Vertragsgruppen und geht im besonderen auf die Erfolge unserer letzten Vertragsbewegung ein. Für die beteiligten Orte wurde eine Durchschnittsarbeitszeit von 51 Wochenstunden erreicht. Das habe uns noch keine Organisation nachmachen können. Zum Schlusse seiner Ausführungen behandelte der Referent noch den Werftarbeiterstreik und die Lehren, die sich aus ihm ergeben.

Die Diskussion bewegte sich fast ausschließlich um die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung. Es wurde ausgeführt, daß wir gegenwärtig die Beiträge nicht erhöhen könnten, immerhin müßten Mittel und Wege geschaffen werden, diese Unterstützung noch weiter auszubauen. Sie sei auch als Kampfmittel zu betrachten. Mit Hilfe dieser Unterstützung erst könnten wir die vertraglichen Abmachungen aufrecht erhalten. Ein Antrag, der Verbandstag wolle beschließen, die Bezugszeit der Arbeitslosenunterstützung auf acht Wochen auszudehnen, wurde angenommen. Ebenso der Antrag, den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern vom zweiten Jahre nach der Schulentlassung ab, die „Arbeiterjugend“ gratis zu liefern. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Beier-Gera, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Gautag des Magdeburger Gaus.**

Der Gautag fand am 15. Februar in Dessau statt. Vertreten waren von den 37 Zahlstellen des Gaus 34 durch 47 Delegierte, außerdem der Hauptvorstand durch den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ M. Kaiser und der Gauvorstand durch seine fünf Mitglieder. Nicht vertreten war die Zahlstelle Braunschweig und entschuldigt waren unvertreten geblieben die Zahlstellen Arttern und Neuhaldensleben. Gegen den von der Zahlstelle Braunschweig schon des öfteren durch Nichtbeteiligung befundeten Mangel an Gemeinfinn wurde vom Gautag ein Mißbilligungsbeschluß gefaßt.

Gauvorsteher Bauer konnte in seinem Tätigkeitsbericht feststellen, daß auch innerhalb der beiden letzten Jahre der agitatorische Erfolg ein erfreulicher gewesen sei, trotz der mit aller Macht im Jahre 1913 hereinbrechenden Krise. Die Mitgliederzahl hat sich gehoben von 6822 im Mittel des Jahres 1911 auf 7740 in 1913, also um 918 oder um 13,45 Prozent. Weniger günstig gestaltete sich der Erfolg der Lohnbewegungen. Im Jahre 1912 schwebelten die Arbeitgeber in Scharfmacherei, es bei der Vertragsbewegung im nächsten Frühjahr dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anzutreten, was seine Wirkung schon auf die Lohnbewegungen im betreffenden Jahre ausübte, und das Jahr 1913 war ein Krisenjahr, in welchem an sich schon die Vorbedingungen zur Durchführung von Lohnbewegungen ungünstiger sind. Trotzdem haben sich die seit jeher vom Verband für die Hebung der Lebenslage der Kollegen aufgewendeten Opfer herrlich gelohnt, da es gerade in diesem Jahre gelungen ist, durch die Unterhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband in den vier größten Orten Braunschweig, Burg, Halle und Magdeburg für 324 Betriebe mit 1996 Beschäftigten die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche zu verkürzen und den Lohn um 6 Pf. pro Stunde auf die Vertragsdauer zu erhöhen. Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug 58

mit 8596 beteiligten Kollegen (gegenüber 77 mit 4544 Beteiligten in 1910 und 1911). Von den in dieser Zahl enthaltenen 45 (71) Angriffsbewegungen mit 2845 (4890) Beteiligten waren 84 (86) mit 2526 (4100) Beteiligten erfolgreich, und desgleichen von den 18 (8) Abwehrbewegungen 11 (8) mit 727 (58) Beteiligten. Unter Mitwirkung des Gauvorstandes haben 262 (218) Versammlungen stattgefunden. Bei Lohnbewegungen war seine Mitwirkung 230 (221) mal nötig, bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern 78 (87) mal, bei Revisionen 28 (44) mal und bei sonstigen Anlässen 18 (14) mal. In der Kritik der Delegierten wurde hauptsächlich energische Agitation in einzelnen Bezirken und Branchen verlangt, wobei vor allem der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß jetzt, nach erfolgtem Abschluß der Kartellverträge mit dem Fabrikarbeiter- und dem Transportarbeiter-Verband, jegliche unlaute Konkurrenz in der Agitation, namentlich hinsichtlich der niedrigeren Beiträge als im Holzarbeiter-Verband, aufhören möge.

In seinem Referat über den kommenden Verbandstag in Dresden erörtert der Vorstandsvorteiler Kaiser die Vertragspolitik des Verbandes und legte dar, innerhalb welcher Grenzen der weitere Ausbau der Unterstützungseinrichtungen zurzeit möglich sei. Nach dem Verhalten der Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes dürfe an eine Schwächung des Kampffonds, der zurzeit im Hauptkassenvermögen 24,000 Mark pro Mitglied betrage, durch Vermehrung anderweitiger Ausgaben nicht gedacht werden. Eine Beitragserhöhung diesmal beschließen zu wollen, wäre mit Rücksicht auf die Krise nicht ratsam. Um aber doch in weiterer Nähe das Elend der Arbeitslosigkeit mildern zu können, wolle der Vorstand trotz allem dem Verbandstag den Antrag auf Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung von sechs auf sieben Wochen und dementsprechende Erhöhung der Beiträge unterbreiten. Desgleichen will er beantragen, die Reiseunterstützung um dieselben Höhe zu erhöhen, und daß statt 4 Pf. pro Kilometer 1 Mk. pro Tag ausgezahlt wird.

Die Konferenz teilte im großen und ganzen die vom Referenten befundeten Grundzüge und Ansichten, nur beschloß sie, beim Verbandstag zu beantragen, daß die Reiseunterstützung auf 1,25 Mk. pro Tag erhöht wird, und daß der Vorstand beauftragt wird, zum nächsten Verbandstag zwei Vorlagen auszuarbeiten, eine über eine auf 20 Wochen zu bemessende Erwerbslosenunterstützung, was vor allem mehr zur Klärung dieser Frage beitragen soll, und eine über eine zu schaffende Unterstützungseinrichtung für invalide gewordene Mitglieder. Nach Annahme einiger weiterer Anträge zum Statut erreichte die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband ihr Ende.

**Der Gautag für den Gau Hamburg**

tagte am 8. und 9. März im Gewerkschaftshaus zu Hamburg. Vertreten waren 53 Zahlstellen durch 62 Delegierte. Nicht vertreten waren Apenrade, Aurich, Burtebude, Dörmelhorst, Ederndörbe, Grammbj, Bügumkloster, Marne, Neuenburg, Norden, Schwanau, Sullingen, Londern und Wülster. In seinem Bericht über die Lohnbewegungen führte Kollege Busch aus, daß in den Jahren 1912 und 1913 im Gau 178 Lohnbewegungen mit 11 078 Beschäftigten geführt sind, von denen 107 Bewegungen mit 8911 Beteiligten ohne Streik erledigt werden konnten. Von den 68 Streiks und Aussperrungen waren 41 erfolgreich, sieben teilweise erfolgreich, 15 erfolglos und drei am Jahreschlusse 1913 noch nicht erledigt. Abgesehen von der allgemeinen Tarifbewegung, sind die Bewegungen hauptsächlich in kleinen Orten und den kleinen Branchen geführt und diese ein gutes Stück vorwärts gebracht. Besonders in der Arbeitszeitfrage sind in kleinen Orten wesentliche Fortschritte gemacht. Trotz der Schwierigkeiten, die uns der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe macht, ist es gelungen, viele Orte von der 60stündigen Arbeitszeit herunterzubringen; ja, wir haben eine ganze Anzahl kleiner Zahlstellen, wo die Arbeitszeit nur noch 54 Stunden beträgt.

Nach dem Bericht des Kollegen Wiers über die Agitation betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1911 18 574, 1912 20 360 und 1913 19 951. Das Jahr 1912 hat also eine Zunahme von 1786, das Jahr 1913 einen Verlust von 429 gebracht, so daß für die Berichtsperiode ein Zuwachs von 1357 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Zahl der Unorganisierten beträgt nach den Angaben der Zahlstellen 4636. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß von manchen Zahlstellen die Sägereiarbeiter, Stuhlrohrarbeiter usw. nicht mitgezählt sind. Das Hauptgewicht bei der Agitation ist auf die Kleinarbeit gelegt. Die Hausagitation und Werkstattversammlungen brachten als unmittelbaren Erfolg im Herbst 1912 137, im Frühjahr 1913 302 und im Herbst 1913 197 neue Mitglieder. Hätten alle Zahlstellen mit dem nötigen Eifer gearbeitet, wäre das Resultat ein noch besseres. 180 Mitglieder müßten am Jahreschlusse 1913 wegen Restierens gestrichen werden, der beste Beweis, daß wir besonders auf Erhaltung der Mitglieder Bedacht zu nehmen haben. Redner behandelte die Schwierigkeiten, die uns bei der Werbearbeit entgegenstehen, besonders die Praktiken der Gelben in Hamburg und anderen Werkorten, und erfuhr, bei der Agitation in Zukunft auch die Branchen zu berücksichtigen, die uns durch die abgeschlossenen Kartellverträge zugewiesen sind.

In der Diskussion wurden von einigen Delegierten besonders die Schwierigkeiten hervorgehoben, die uns bei Durchführung der Kartellverträge entstehen. Der Frage der Arbeitsnachweise soll erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit der Tätigkeit der Gauvorsteher erklärte man sich im Allgemeinen einverstanden.

Ueber den Verbandstag in Dresden referiert Kollege Reumann. Er begründet die Anträge des Vorstandes auf Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, dabei betonend, daß dieses das äußerste sei, was der Vorstand glaube ohne Beitragserhöhung verantworten zu können. Redner gab dann ein Bild der Entwicklung der Vertragspolitik, ihres gegenwärtigen Standes und ihrer Erfolge. Sodann behandelte er eingehend den Verlauf des Werftarbeiterkampfes, dabei die Maßnahmen des Vorstandes verteidigend. Dem Holzarbeiter-Verband als kleine Minderheit sei nichts übrig geblieben, als sich der Taktik der Gesamtheit anzuschließen. Der Vorstand habe, ebenso wie die übrigen Vorstände, die voreilige, weder beschlossene noch

genehmigte Arbeitseinstellung verurteilen müssen. Jetzt sei es an der Zeit, eine Verständigung zu suchen, damit in Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten plausibel sei.

In der Diskussion wurde von den Vertretern aus den Werkstätten an dem Verhalten des Vorstandes scharfe Kritik geübt. Die Metallarbeiter könnten nicht allein ausschlaggebend sein, die anderen Berufe bildeten zusammen 85 Prozent der Werftarbeiter. Besonders die Art der Wiedereinstellung habe tiefe Erbitterung hinterlassen. Gegen die von den Unternehmern künstlich hervorgerufenen Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung hätten die Vorstände energischer auftreten müssen. Die Vorstände hätten die bekannte Erklärung nicht veröffentlicht dürfen. Dagegen wurde von anderen Rednern geltend gemacht, daß die Vorstände von allen Seiten angegriffen worden seien und sich wehren mußten. Der Vorstand habe, leider ohne Erfolg, versucht, die erbitternde Art der Wiedereinstellung zu verhindern. Den Werftarbeitern würde der Aufschub um wenige Tage nicht geschadet haben, wenn sie die Antwort auf das letzte Schreiben der Vorstände abgewartet hätten. Sie hätten die Vorstände nicht im Stich lassen und deren Maßnahmen durchkreuzen dürfen.

Ein im Hinblick auf die Werftarbeiterbewegung gestellter Antrag von Bremerhaven, wonach der § 40 des Statuts dahin zu ändern ist, daß die Streikunterstützung nur entzogen werden kann, wenn die Dreiviertelmehrheit für Fortführung des Streiks nicht mehr vorhanden ist, wurde abgelehnt. Ebenso auch der Antrag: „Der Verbandstag möge beschließen, der Zahlstelle Bremerhaven, die anlässlich des Werftarbeiterstreiks vorenthaltene Streikunterstützung nachträglich aus den Mitteln der Hauptkasse zu zahlen.“

Von den angenommenen Anträgen ist der nachfolgende, von Bremen gestellt, zu erwähnen, der mit 21 gegen 20 Stimmen Annahme fand: Dem Schluß des § 60 folgende Fassung zu geben: „Dem Beauftragten des Vorstandes ist in Abwesenheit deselben auch der Gauvorsitzer gleich zu erachten. Dem Vorstand obliegt die Pflicht, die Weiterführung einer ordnungsgemäß eingeleiteten Lohnbewegung aus den Mitteln der Hauptkasse zu unterstützen. Streitende, welche sich den Anordnungen des Vorstandes oder seines Beauftragten nicht fügen, kann die Unterstützung versagt oder entzogen werden. Diese Anordnung tritt nur in Kraft, wenn grobe Verstöße gegen die Bestimmungen des Statuts, unrichtige Berichterstattung, zuwiderhandelnde Bestimmungen oder lässige Handhabung der Streikführung und sonstigen notwendigen Geschäfte bei einer Lohnbewegung nachgewiesen werden. Vor Inkrafttreten dieser Anordnung hat seitens des Vorstandes eine Verwarnung und Untersuchung zu erfolgen.“

Beschlossen wurde, bei der Streik- und Gemahregelunterstützung den Zuschlag für alle Kinder unter 14 Jahren zu zahlen. — Die Unterstützung für die Familien abgereister Streikender soll die Hälfte der Streikunterstützung betragen. — Der Verbandstag soll alle zwei Jahre am Sitz des Vorstandes abgehalten werden. Angenommen wurde auch eine Resolution, die die Maßnahmen des Vorstandes beim Werftarbeiterstreik mißbilligt und gegen die Entziehung der Streikunterstützung, wodurch die Mitglieder zur Benutzung der Unternehmernachweise gezwungen wurden, protestiert, sowie folgende beide Anträge: „Auf dem Verbandstag den Werftarbeiterstreik als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln und den Kollegen Damm-Bremen als Korrespondenten zu bestimmen;“ ferner, daß Haupt- und Gauvorsitzend dahin wirken mögen, daß die Rundschreiben der Zentralkommission an die Ortskommission auch allen Ortsverwaltungen zugefandt werden. Den Anträgen des Vorstandes auf Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Mit kurzen anfeuernden Worten schloß Kollege Budeudahl am Montagabend 8 Uhr die Verhandlungen.

Der Gantag in Hannover.

Der Gantag fand am 1. März im Gewerkschaftshaus zu Hannover statt. In seinem Bericht erwähnte der Gauvorsitzer, Kollege Boltmann, daß im ersten Berichtsjahr die Konjunktur noch gut genannt werden konnte, dagegen machte es die immer stärker werdende Wirtschaftskrise im Jahre 1913 sehr schwer, die gewünschten Fortschritte zu erzielen. Die Zahl der vom Gauvorsitzend zu Agitationszwecken veranstalteten Versammlungen und Vesperechungen betrug 1912 309, und 1913 301, hierunter waren insgesamt 137 Werkstättenversammlungen und Vesperechungen. In Orten, wo noch keine Zahlstelle besteht, fanden 92 Versammlungen und Vesperechungen statt. Der Hausagitation wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Außer einer Reihe von gemeinsamen Sitzungen mit der Ortsverwaltung, fanden zur Erleichterung der laufenden Geschäfte 1912 16 und 1913 14 Sitzungen statt. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1911 10499, im Jahre 1912 10794 und im dritten Quartal 1913 11115. Nach neueren Ermittlungen sind im Gau noch reichlich 10000 organisationsfähige Holzarbeiter vorhanden. Durch die kürzlich erfolgte Anstellung des Kollegen Ahlers als zweiten Gauvorsitzend wird es möglich werden, die Agitation mehr systematisch zu betreiben, was bisher durch die Überlastung des Gauvorsitzenden nicht in genügendem Maße der Fall war. Die Unternehmern stärken ihre Organisationen, sie versuchen durch Gründung von Werkvereinen die Einigkeit der Arbeiter zu verhindern, deshalb ist es auch unsere heilige Pflicht, die uns noch Fernstehenden aufzuklären und nicht nur die Verschlechterungen zurückzuweisen, sondern dafür sorgen, daß die Lebenslage der Arbeiter eine bessere wird.

In der sich an den Bericht anschließenden Diskussion wurde fast ausschließlich über die Agitation gesprochen. Von Seiten der kleinen Branchen wurde konstatiert, daß auch sie in der Berichtszeit berückichtigt worden seien. Im Schlußwort weist Kollege Boltmann noch darauf hin, daß in den letzten zwei Jahren in allen Zahlstellen, außer vier, Lohnbewegungen stattgefunden haben, in denen zum größten Teile gute Erfolge erzielt worden sind.

Auf dem Verbandstag in Dresden referierte der Vertreter des Vorstandes, Kollege König. Er wies auf die ungewohnte langanhaltende Arbeitslosigkeit hin und beschränkte sich bei dem Antrag des Vorstandes, wonach die Arbeitslosenunterstützung um eine Woche verlängert werden soll. Dieses würde eine Restausgabe von 100 000 Mk. ver-

ursachen. Wohl haben wir durch die Unterstühtungsbeträhtungen in der Agitation leichteres Arbeiten, und auch bei Arbeitslosigkeit sei es gut, wenn man vor dem Neuesten geschützt ist, trotzdem dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Organisation eine Kampfsorganisation ist, welche für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen sorgen soll. Redner streift sodann noch die Werftarbeiterbewegung, die auch auf dem Verbandstage ihre Erörterung finden wird. Die Agitation ist in den letzten Jahren lebhaft betrieben worden, sonst würde uns die schlechte Wirtschaftslage einen großen Mitglieverlust gebracht haben.

In der Diskussion wurde bemängelt, daß der Vorstand nicht früher der Frage betreffs Unterstützung der Ausgesteuerten nähergetreten sei, die Unterstützung hätte eine weitergehende sein müssen. Bedauerlich ist, daß auf die Ausschreibung des Vorstandes nicht mehr Geld eingegangen sei. Die Werftarbeiter haben nicht richtig gehandelt, aber auch die Taktik der Vorstände war keine gute, man hätte die Arbeiter nicht den Wertgewaltigen in die Arme treiben dürfen. Für die Arbeitgeber handelte es sich um eine Machtfrage. In Zukunft muß eine bessere Verständigung zwischen den Vorständen Platz greifen. Im Schlußwort führt Kollege König aus, daß auch hier wie andersorts die Meinung über die Werftarbeiterbewegung geteilt sei; der Verbandstag werde die Frage genau prüfen. Betreffs der Unterstützung für Ausgesteuerte mußte der Vorstand vorsichtig handeln, denn statutarisch stehe ihm kein Recht zu, eine derartige Summe aus eigenem Ermessen auszugeben. Er hoffe aber, daß der Verbandstag seine Zustimmung nachträglich geben werde.

Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Gantag begrüßt die Vorschläge des Verbandsvorstandes in bezug auf Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, und ersucht den Verbandstag in Dresden, die Vorschläge des Hauptvorstandes anzunehmen.“

Beschlossen wurde, zum nächsten Gantag eine Antragprüfungskommission einzusetzen, die am Abend vor Beginn des Gantages zusammentritt. Weitere Beschlüsse bezwecken eine intensive Agitation speziell unter den Fabrik- und Modelistischem. Auch die Aufklärungsarbeit unter den jugendlichen Hilfsarbeitern und Lehrlingen soll nicht vernachlässigt werden. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ soll die Sterbetafel wieder aufgenommen werden. Ein Beschluß lenkt die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Heimarbeit in der Möbelindustrie, die entschieden bekämpft werden muß. Annahme erlangte auch ein Antrag, der verlangt, daß die Neuausstellung der mit Ende jedes Jahres vollgeliebten Bücher, den Zahlstellen, die einen angestellten Beamten haben, selbst zu übertragen ist.

Im Schlußwort gibt Kollege Boltmann der Hoffnung Ausdruck, daß die heutigen Verhandlungen dazu beitragen mögen, unsere Reihen zu stärken, und wünscht, daß Zahlstellen und Gauvorsitzend, wie bisher, auch ferner Hand in Hand arbeiten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband wird der Gantag geschlossen. Anwesend waren 78 Delegierte, ein Vertreter des Hauptvorstandes, zwei Gauvorsitzend und fünf Gauvorstandsmitglieder.

Der Gantag des Gaues Düsseldorf

fand am 8. und 9. März in Düsseldorf statt. Anwesend waren 65 Delegierte von 48 Zahlstellen. Der Gauvorsitzend war voll vertreten, den Hauptvorstand vertrat Kollege Schneegäß. Nicht vertreten waren die Zahlstellen: Düren, Emmerich, Hemer, Herne, Laasphe, Langenberg, Umma, Bierjen, Wattencheid und Wesel.

Den Bericht des Gauvorsitzendes, soweit sich dieser auf die Lohnbewegungen bezieht, erstattet Kollege Hartung. In den beiden letzten Jahren fanden 76 Lohnbewegungen statt. Davon endeten 51 mit vollem, 20 mit teilweisem Erfolg und fünf gingen verloren. In 16 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung, während 60 Bewegungen auf friedlichem Wege erledigt wurden. Redner schildert, wie bei der letzten Tarifbewegung die kleinen Wernegrößen im Gau, unter Leitung des Obermeisters Rückehaus, kein Mittel unversucht gelassen haben, um die Tarife nach ihrem Willen zustande zu bringen. Schreide man doch auf jener Seite nicht davon zurück, dem unparteiischen Vorsitzenden die Mitarbeit zu verweigern, um die Leitung an sich zu reißen, was ihnen aber von unserer Seite gründlich zu Wasser gemacht wurde.

Ueber die Agitation in derselben Zeit berichtete Kollege Meyer-Düsseldorf. Infolge der schlechten Konjunktur war es nicht möglich, die Mitgliederzahl im Gau zu halten, diese ging um etwa 200 zurück. Einige Zahlstellen wurden neu errichtet, einige mit größeren Zahlstellen verschmolzen. Besondere Beachtung wurde den kleinen Spezialbranchen bei der Agitation entgegengebracht. Leider wird durch den Streik mit den Christen die kostbarste Zeit vertrieben. Die Zahlstellen sollen trotzdem in der Agitation nicht erlahmen, und besonders die Jugendlichen zur Organisation heranziehen, auch die Arbeitsnachweise mehr ausbauen.

Die Diskussion über den Bericht war sehr umfangreich und zog sich bis in die Abendstunden hin. Verschiedentlich wurde die Haltung des Haupt- und Gauvorsitzendes als nicht im Interesse der Kollegen liegend, abfällig beurteilt. Einzelne Delegierte wenden sich gegen die weitere Verschmelzung mit den größeren Zahlstellen, doch sprach sich die Mehrzahl der Kollegen für eine weitere Verschmelzung aus. Es wurde beschlossen, daß vor Abschluß der Verträge die Ortsvertreter zu den Verhandlungen mit zuzuziehen sind. Ferner sprach der Gantag die Erwartung aus, daß in den Zahlstellen Ohligs, Wald und Solingen, welche ein einheitliches Lohngebiet bilden, Beiträge und Unterstützungssätze einheitlich geregelt werden. Weitere Anträge, die angenommen wurden, beziehen sich auf eine intensivere Agitation unter den Schirmmachern und in den Waggonfabriken. Für letztere Branche soll in Bälde eine Konferenz einberufen werden. Ein anderer Beschluß beauftragt den Gauvorsitzend, Erhebungen über den Umfang der gelben Bewegung im Gau zu veranstalten.

Auf zweitem Verhandlungstag referierte Kollege Schneegäß über den Verbandstag. Eine große Bedeutung in unserem Verbandsleben falle den Verbandstagen zu, sie sind bestimmt, dem Verbandsziel und -Richtung zu geben. Die lebhafteste Diskussion jetzt in unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ und Versammlungen über die Aufgaben des Verbandstages

sei zu begründen, nur müsse dabei, ebenso wie bei der Beratung der Anträge zum Verbandstage, immer das allgemeine Verbandsinteresse im Auge behalten werden. In der jetzigen ungünstigen Geschäftszeit mit ihrer großen Arbeitslosigkeit, sei wohl das Verlangen nach Ausbau der Arbeitslosenunterstützung erklärlich, doch dürfe dadurch nicht die Kampffähigkeit des Verbandes beeinträchtigt werden. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sei noch vieles zu tun; im vorigen Jahre habe der Verband für Streikunterstützung eine Ausgabe von 1 420 000 Mk. gehabt, mit der Verbesserung der Geschäftslage sei aber noch eine Steigerung zu erwarten. An Arbeitslosenunterstützung seien in 1913 1 400 000 Mk. gezahlt worden. Ohne Vermehrung der Einnahmen sei mithin die Vorlage des Vorstandes bezüglich Ausdehnung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung das weitgehendste, was möglich sei. Eine Beitragserhöhung könne auf dem nächsten Verbandstage aber wohl nicht in Frage kommen.

In der sehr regen Diskussion wurde durchweg dem Referate zugestimmt. Weiter diente die Begründung der Anträge aus den Zahlstellen. Die von der Konferenz angenommenen Anträge werden demnächst mit den übrigen Anträgen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Auf Antrag der Zahlstelle Düsseldorf wurde beschlossen, den größeren Zahlstellen das Recht einzuräumen, auch von ihren Vorortskomitees oder -bezirken Kollegen zur Gantagkonferenz zu entsenden, jedoch nicht mehr als sechs (bisher vier) Delegierte.

Nach einem kernigen Schlußwort schloß Kollege Hartung-Düsseldorf mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband die Konferenz.

Gantagkonferenz in Frankfurt a. M.

Auf dem Gantag, der am 28. Februar und 1. März im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt abgehalten wurde, waren 67 Zahlstellen durch 86 Delegierte vertreten. Eine Zahlstelle (Oberbach) war nicht vertreten.

Vom Gauvorsitzend referierte Kollege Weidner über die stattgefundenen Lohnbewegungen. Trohdem sich die Wirtschaftskrise allgemein fühlbar machte, wurden doch noch recht günstige Erfolge erzielt, wenn auch zugegeben werden muß, daß dadurch die Bewegungen vielfach ungünstig beeinflusst wurden. Im Jahre 1912 fanden 46 Bewegungen statt, an denen 669 Betriebe mit 6220 Kollegen beteiligt waren. Im Jahre 1913 waren es 47 Bewegungen in 180 Betrieben mit 3449 Kollegen. Mit ganz wenigen Ausnahmen waren diese Bewegungen erfolgreich. Im Jahre 1912 konnten 33, im Jahre 1913 37 Bewegungen ohne Streik erledigt werden. Dies war nur möglich durch die gut ausgebaute Organisation und das Zusammenhalten der Kollegen. Ferner durch die Vorsicht, mit welcher unsere Bewegungen geführt wurden. In Verbesserungen wurde in den zwei Jahren erreicht: eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 7 Stunden für 4711 Kollegen, eine Steigerung der Löhne von 1 bis 4 Mk. pro Woche für 6609 Kollegen. Für 1225 Betriebe bestehen jetzt im Gau 82 Tarife für 9762 beschäftigte Arbeiter. Kollege Weidner berichtete noch im einzelnen über die wichtigsten Bewegungen, daraus ist zu ersehen, daß es möglich war, auch in den zurückgebliebensten Orten Erfolge zu erringen. Allein die Arbeitgeber im Holzgewerbe versuchen, schärferen Löhne anzuschlagen, zudem zeigen sie sich auch wenig tarifstreu. Dies muß uns Anlaß geben, immer weiter zu rücken, um so mehr, da unser Gau im Jahre 1916 an der allgemeinen Tarifbewegung stark beteiligt ist.

Ueber Organisation und Agitation referierte Kollege Heinemann. Der Ausbreitung unserer Organisation stellte sich der wirtschaftliche Niedergang hindernd in den Weg. Das erste Halbjahr 1913 brachte noch einen Mitgliederzuwachs von 12 085 auf 12 506; im zweiten Halbjahr fiel die Zahl auf 12 170, verbleibt somit noch ein Mitgliederzuwachs von 76. Im Vergleich zu der geleisteten Arbeit dürfte dieses Resultat wenig befriedigend; allein wenn man die Erwerbsverhältnisse in Betracht zieht, könne man wohl zufrieden sein. Das Verhältnis der organisierten zu den beschäftigten Holzarbeitern hat sich ganz bedeutend verbessert. Der eifrigen Arbeit des Gauvorsitzendes dürfte es mit zuzuschreiben sein, wenn kein Rückgang eingetreten ist. Bei 227 Werkstätten- und Bezirksversammlungen hat der Gauvorsitzend mitgewirkt; ferner in 151 Fällen bei Hausagitation. Die Arbeitgeber gehen dazu über, sich direkt gegen das Koalitionsrecht zu wenden. An offenen Aufforderungen, aus der Organisation auszutreten, fehlt es nicht. Ein Herr im Odenwald ist auf eine neue Idee verfallen, um seine Arbeiter zur Zufriedenheit zu erziehen, er hält jede Woche zweimal Vespere in seiner Wohnung ab. Auch wird die Agitation dadurch erschwert, daß viele Arbeitgeber ihre Betriebe auf das flache Land verlegen. Die Arbeiter in diesen Betrieben bedeuten eine große Gefahr für die Städte. Im weiteren geht Redner auf den Verkehr mit den Zahlstellen ein und fordert zum Schluß auf, mitzuarbeiten, damit wir neue Erfolge erzielen.

In der Diskussion wurde an den Berichten der Gauvorsitzend fast gar keine Kritik geübt, in der Hauptsache wurden örtliche Verhältnisse zur Sprache gebracht und verschiedene Wünsche ausgesprochen, welche die Gauvorsitzend im Schlußwort zu berücksichtigen versprochen.

Ueber den Verbandstag in Dresden sprach Kollege Kayser als Vertreter des Hauptvorstandes. Die Entwicklung unserer Organisation ist nicht ganz ungetrübt. Infolge der Krise ist ein Mitgliederverlust zu verzeichnen, der jedoch bei Besserung der Konjunktur voraussichtlich sehr bald wieder ausgeglichen sein wird. Redner bespricht dann die letzte große Tarifbewegung und konstatiert hier recht günstige Erfolge. Dem Kampf auf den Seeschiffswerften unterzieht Kollege Kayser einer ausführlichen Besprechung. Er behandelt dann den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und begründet hier den Vorschlag des Hauptvorstandes. Bei Behandlung dieser Frage mahnt er zu besonderer Vorsicht.

In der nun folgenden Diskussion, in welcher die gestellten Anträge mit zur Beratung standen, wurde von den meisten Rednern die Notwendigkeit des Ausbaues der Arbeitslosenunterstützung anerkannt. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß eine Schmälerung der Mittel des Hauptvorstandes nicht eintreten dürfe. Verschiedentlich wurde zur Tariffrage Stellung genommen und der Standpunkt des Hauptvorstandes gutgeheißen. Nach einem kurzen



Schlusswort des Kollegen Kayser wurde in die Spezialdebatte über die gestellten Anträge eingetreten. Folgende Anträge fanden Annahme und werden den Verbandstag beschäftigen: Den Zahlstellen auf Wunsch die „Holzarbeiter-Zeitung“ in benötigter Anzahl von Exemplaren zu Agitationszwecken unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Die Sterbetafel wieder in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. — Dem Almanach ein kleines Fremdwörterlexikon anzufügen. — Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten zwecks Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung in französischer Sprache. — Das Verbandsstatut ist auch in französischer Sprache herauszugeben. — Zahlstellen im Umkreis von zehn Kilometern und bis zu 300 Mitgliedern haben sich der größeren Zahlstelle anzuschließen. Einige Anträge, die sich auf die Agitation beziehen, wurden dem Gauvorstand überwiesen. Nach einem Schlusswort des Vorstehenden, Kollegen Brückner-Frankfurt, wurde der Gautag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Stimmen zum Verbandstag.**

Einige Eingeklandts in den letzten „Holzarbeiter-Zeitung“ zum Verbandstage gereichen dem Verbande wahrlich nicht zur Ehre und es wäre besser gewesen, sie wären unterblieben. Um dieses in Zukunft unmöglich zu machen, haben wir an den Verbandstag den Antrag gestellt, den Vorstand und die Gauvorsteher durch Wahl zu wählen. Es käme dann ein jeder Kollege zu seinem Rechte und die Abneigung gegen einzelne Beamte würde dann verschwinden. Es ist dieses auch keine ungerade Forderung, denn zu allen Gemeindevorstellungen und Parlamenten fordern wir das allgemeine Wahlrecht, und in unserem Verbande sollte dieses erst recht der Fall sein. Auch die Sterbeunterstützung muß erhöht werden. Wir haben einen Antrag gestellt, nach welchem die Sterbeunterstützung stufenmäßig so ausgebaut wird, daß schon bei 260 Beitragswochen 75 M. Sterbegeld gezahlt wird und über 260 Wochen 100 M. Eine große Reihe Kollegen, welche mit 20 bis 30 Jahren dem Verband beitreten, erreichen diese Beitragshöhe nicht mehr. Dieses wird in Zukunft noch krasser werden, denn bei der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden die Krisen immer häufiger kommen und mancher Kollege muß dann erst 15 bis 18 Jahre dem Verbande angehören, um den Höchstbetrag von 75 M. zu erreichen. Mancher Familie, deren Ernährer hinwegtritt, tut dann eine erhöhte Unterstützung not, welches gleichzeitig auch die letzte ist, welche sie vom Verband bezieht.

S a n i s c h, Helmstedt.

Angesichts der vielfach geäußerten Wünsche auf Ausbau der Arbeitslosenunterstützung sowie Einführung einer Altersversicherung, muß die Frage erörtert werden, ob unser Verband wirklich in der Lage ist, selbst bei Erhöhung der Beiträge, überhaupt etwas Durchgreifendes zu schaffen. Ich muß dieses verneinen. Kollege Sandmann macht den Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung um 50 Prozent zu erhöhen und den Kollegen nach 20-, 25- oder 30-jähriger Verbandzugehörigkeit, bei einem Alter von 50 bis 65 Jahren den niedrigsten Satz von 9 M. pro Woche zu zahlen. Im Jahre 1901 betrug die Gesamtmitgliederzahl unseres Verbandes rund 70 000 Kollegen. Nehmen wir an, von diesen 70 000 Kollegen würden im Jahre 1921 80 000 in den Genuß einer jetzt eingeführten allgemeinen Altersversicherung treten. Die Ausgaben dafür würden betragen: 30 000 mal 9 gleich 270 000 M. pro Woche oder im Jahre 52 mal 270 000 gleich 14 040 000 M. Dem steht folgende Einnahme gegenüber: Um 20 Pf. soll der Beitrag erhöht werden. Bei 200 000 Mitgliedern ergäbe das pro Woche 40 000 M., im Jahre 2 080 000 M. In sieben Jahren, bis 1921, dem ersten Jahre der Auszahlung, 7 mal 2 080 000 M., in Summa 14 560 000 M. Die sieben Jahre lang angesammelten Gelder würden also in einem Jahre fast völlig aufgebraucht sein. Sätten wir aber auch nur den fünften Teil, also 6000 Kollegen, zu unterstützen, so würde auch da noch pro Woche 14 000 M. Defizit entstehen. Aus diesem einfachen Rechenexempel ergibt sich, daß die Einführung einer Altersversicherung durch den Verband zurzeit wohl überhaupt undiskutabel ist. Ich möchte den Kollegen raten, das Problem einer Altersversicherung besser in dem Mitteilungsblatt der „Volksfürsorge“ weiter zu diskutieren. Für unseren Verband ist es ratsamer, von einer Erhöhung der Unterstützungen jetzt überhaupt abzusehen, um unseren Kampffonds nicht zu schwächen, sondern zu stärken.

Mehrere Kollegen vertreten die Ansicht, überhaupt keine Beamten zu delegieren. Soll das wirklich ein Allheilmittel sein, und würde ein beamtenreiner Verbandstag bewilligungseifriger sein betreffs Erhöhung der Unterstützungen? Würden wir nicht unsere demokratischen Prinzipien mit Füßen treten und unsere Angestellten zu Kollegen minderen Rechtes degradieren? Ich meine, zu den Rechten der Kollegen erwählt. Da könnte man besser den Vorschlag unterstützen, wonach bei Gehaltsfragen unsere Angestellten als Delegierte kein Stimmrecht haben. Wird es doch schon bei verschiedenen Korporationen so gehandhabt, daß bei persönlichen Angelegenheiten sich die Betreffenden aus Laikgefühl der Stimme enthalten. Das wäre wohl eine anständige Erledigung der Frage.

W i l l y B r e i t m e y e r, Schmiedeberg b. Dresden.

Die Wünsche für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gehen vielfach entschieden zu weit. Auch auf dem Erfurter Gautage fanden Anträge mit zur Verhandlung, die bei der jetzigen Beitragszahlung undurchführbar sind. Eine Stimmung für eine Beitragserhöhung war eben nicht vorhanden, folglich muß man auch mit den jetzt vorhandenen Mitteln rechnen. Wenn der Vertreter des Hauptvorstandes erklärt, daß bei Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung um eine Woche schon eine Mehrausgabe von rund 160 000 M. entsteht, so müßte man sich eigentlich bei einigem Nachdenken sagen, daß bei einer Verlängerung von sechs auf zehn Wochen und gleichzeitiger Erhöhung des Höchstbetrages von 10 auf 15 M., eine Summe entstehen würde, die bei dem jetzigen Verbandsbeitrag absolut nicht gedeckt werden könnte.

Mit einer Fürsorge für die in vollen Mitgliedern bin ich vollständig einverstanden. Der Hauptvorstand hat auch schon Fragebogen herausgegeben, die die betreffende Materie behandeln. Dem Vorschlag kann ich aber nicht zustimmen, der nach 25-jähriger Mitgliedschaft volle Beitragsbefreiung verlangt. Werden doch heutzutage die meisten Mitglieder sofort nach beendeter Wehzeit gewonnen. Da würden sie also nach 25-jähriger Mitgliedschaft wenig über 40 Jahre alt sein. Meiner Meinung nach könnte man in diesem Alter schließlich doch noch die Hälfte des Beitrages entrichten, und das vielleicht noch zehn Jahre fortsetzen. Nachher könnte man schließlich den alt gewordenen Kollegen eine kleine Unterstützung gewähren. In diesen zehn Jahren mit halben Beiträgen würde noch ein schönes Stück Geld zusammenkommen, was unseren Kollegen immer noch zur rechten Zeit zugute käme. In der Weise wäre jedem Rechnung getragen. So segensreich die Unterstützungen auch wirken müßten, man sollte jedoch nicht allzuweit gehen, denn am letzten Ende darf man ja nicht vergeßen, daß wir in der Hauptsache eine Kampforganisation darstellen. Unser Kampffonds darf durch die Unterstützungen nicht geschwächt werden.

R o b e r t S c h e t t l e r, Frankenhausen, Kyffh.

Die Vorlage, die der Verbandsvorstand zur Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung veröffentlicht hat, und die Berechnung der Mehrkosten zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Unterstützungen ohne Erhöhung der Beiträge ein schlechtes Fundament hat, zumal die in enger Verbindung stehende Reiseunterstützung ebenfalls eine Aufbesserung erfahren soll. Die Auffassung, daß der Verband seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung den Kampfescharakter verloren hat, kann nur einer Verbrossenheitsstimmung entflammen. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft hat die Gewerkschaften mit Naturnotwendigkeit zu Einrichtungen der Selbsthilfe gezwungen. Bei einer Erweiterung von Unterstützungen in Einrichtungen darf aber der Kampffonds nicht geschwächt, sondern er muß erhöht werden. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, müssen die Verbandskollegen die Delegierten verpflichten, auf dem Verbandstag für eine Erhöhung der Beiträge einzutreten. Eine ganze Reihe von Zahlstellen erhöht trotz der wirtschaftlichen Krisis Extrabeiträge. Das zeugt gewiß von großer Opferfreudigkeit der Kollegen. Der Not gehorchend, sind auch Extrabeiträge zur Milderung der ausgesteuerten Arbeitslosen durchweg beschlossen, und da die Arbeitslosigkeit der immer wiederkehrende Gast geworden ist, muß der nächste Verbandstag die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung beschließen. Die Staffelung der Unterstützungsfähigkeit kann erweitert werden. Für die zehnjährige Mitgliedschaft der Kollegen könnte die sechste Staffel in der Höhe von 12 M. pro Woche eingeführt werden. Die Einführung einer Altersversicherung soll aber damit noch nicht erledigt sein, sondern der Verbandstag kann dem Vorstand die Materie zur weiteren Bearbeitung überweisen. Aber mit jeder Neueinrichtung von Unterstützungen werden die technischen Verwaltungsarbeiten des Verbandes und auch der Zahlstellen erhöht. Das bedingt die Erweiterung des sogenannten Beamtenapparats. Wenn aber Anstellungen notwendig werden, dann hört man häufig ein lautes Murren. Die Ansicht, daß die Angestellten des Verbandes von der Beschäftigung zum Verbandstag ausgeschaltet werden, kann nur durch eine recht große Kurzsichtigkeit begründet sein. Wer ist denn wohl besser in der Lage, die technischen und taktischen Angelegenheiten einer größeren Zahlstelle zu vertreten, als der besoldete Beamte, denn bei diesem laufen doch die Fäden der gesamten Entwicklung der Zahlstelle zusammen. Aber man soll innerhalb der größeren Zahlstellen danach streben, daß nicht der größte Prozentsatz der Besoldeten auch mal zum Verbandstag reist. Die Zusammenlegung des Verbandstages liegt ja in den Händen der Kollegen selbst, aber am Tage, wo die Wahl der Delegierten stattfindet, bleiben die Kollegen hinhängend zu Hause, wettern aber hinterher in den Werkstätten über das Ergebnis. Aber selbst wenn die Zusammenlegung des Verbandstages aus wertvollen Kollegen bestünde, können auch diese nicht mehr als im Rahmen der Möglichkeit die Interessen des Verbandes fördern.

H u g o F i e h, Hamburg.

Der Antrag, daß die Kollegen, welche 25 Jahre dem Verbande angehören resp. 1800 Wochenbeiträge entrichtet haben, als Ehrenmitglieder gelten sollen, ist nicht neu, aber er ist unannehmbar. Wo sollte denn das hin führen, wenn die Mehrzahl der Kollegen, die 45 bis 50 Jahre alt sind, alljährlich ihre Unterstützung abheben, ohne einen Pfennig Beitrag zu leisten. Wir haben sehr viele Kollegen, die jahraus, jahrein in Arbeit stehen und somit die Beitragsfreiheit mit 45 Jahren erreichen können, wo sie gewiß doch noch mehr leisten wie mancher jüngere Kollege. Andere, die unermüdet tätig sind für den Verband, und darum dauernd auf dem Straßenpflaster liegen, können überhaupt nicht in den Genuß der Beitragsfreiheit. Mit jedem weiteren Ausbau der Unterstützung schwindet das ideale Verständnis für die Organisation. In normalen Zeiten reichen die bestehenden Unterstützungsfähigkeiten aus. Zu begrüßen wäre die Bereitstellung eines besonderen Fonds für Arbeitslose in den Krisen. Wir haben jetzt schon sehr viele Kollegen, die nur wegen der Unterstützung organisiert sind, und gerade sind es diejenigen, die dauernd in den Werkstätten und am Bierische gegen die Einrichtungen der Organisation schimpfen, aber in den Versammlungen nie zu sehen sind. Dieses Uebel auszurotten, müßte unsere erste Aufgabe sein. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat schon schwere Kämpfe zu führen gehabt. Es wird aber die Zeit kommen, wo wir noch weitaus größere Opfer bringen müssen. Sorgen wir dafür, unseren Gegnern allezeit gewappnet entgegenzutreten zu können. Nur Aufklärung und Bildung führen zum Ziele.

W i l h e l m G ü n t h e r, Berlin.

Mit der vorgeschlagenen Altersversicherung bin ich, im Grunde genommen, nicht einverstanden. Es wird empfohlen, den Kollegen, welche 30 Jahre dem Verbande angehören und das 65. Lebensjahr erreicht haben, eine wöchentliche Unterstützung zu gewähren. Da sollte man lieber die Kollegen nach 30-jähriger Mitgliedschaft vom 60. Lebensjahre an beitragsfrei machen und ihnen den Anspruch auf alle Unterstützungen erhalten. Dieses wird den Verband nicht besonders belasten. Was die Arbeits-

losenunterstützung anbetrifft, ist verschiedentlich die Meinung aufgetaucht, hierzu den Beitrag um 5 bis 10 Pf. zu erhöhen. Mit Anträgen auf Beitragserhöhung sollten wir aber die Zeit auf dem Verbandstage nicht vergeuden, denn durch eine Beitragserhöhung auf der ganzen Linie würde uns die weitere Agitation sehr erschwert. Mögen nur die Kollegen, welche mit Hilfe der Organisation Vorteile für sich herausgeschlagen haben, für Erhöhung der Lokalbeiträge eintreten, um sich und ihre Kollegen vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit etwas zu schützen. Was die Frage betrifft, Füllung der Kassen und Kampf um Verlängerung der Arbeitszeit anlangt, so mögen die Beamten, welche auf Grund ihrer Tätigkeit innerhalb der Bewegung die Fähigkeit besitzen, nur etwas herausgehen und den Organisationsangeboten von unten auf zu fördern suchen, nicht von oben herab. Nicht alle Kollegen sind so intelligent und schlagfertig wie unser Verbandsvorsitzender, um bei der Durchführung der Tarifverträge alle Ausflüchte der Unternehmer in jedem Augenblick parieren zu können. Wenn auch schon der gute Wille im Herzen der Kollegen steckt, es fehlt aber etwas, und das ist eine gute Organisation der Massen von unten. Vom Verbandsvorstand müssen Ratsschlüsse ergehen, wie innerhalb der Ortsverwaltung der Ausbau der Organisation segensbringend zu gestalten ist. Nur mit Kollegen, die von Kampfesmut und Siegesbewußtsein durchdrungen sind, läßt sich agitieren und organisieren, den Verband stärken und zugleich die Kassen. Allen Kollegen kann ich empfehlen, keinem Beamten ihre Stimme zur Verbandstagswahl zu geben; selbige sind genügend auf dem Verbandstag vertreten durch die Vorstandsmitglieder und die Gauvorsteher. Diese sind unmittelbar mit der Organisation verknüpft. Auch die Kollegen, welche noch im Holzarbeiter-Verband organisiert, aber anderweitig angestellt sind, z. B. Krankenkassen- und Genossenschaftsbeamte, gehören nicht auf unseren Verbandstag.

S e r m a n n J ä g e r, Zeulentoda.

Es wäre eine Aufgabe des diesjährigen Verbandstages, der Frage etwas näherzutreten, wie den alten Veteranen unter die Arme zu greifen ist. Ich würde den Vorschlag machen, daß alle die Kollegen, die das 50. Lebensjahr erreicht haben und mindestens 1200 Beiträge geleistet haben, von der Beitragszahlung entbunden werden, ohne Beschneidung jeglicher Rechte. Unser Hauptvorstand wird sich schon, nach genauer Information, das Material verschaffen, um den Anregern der Arbeitslosenfürsorge die nötige Aufklärung zu geben, daß es ohne Beitragserhöhung nicht möglich ist, in der jetzt bestehenden Unterstützungsform eine Erweiterung vorzunehmen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß unsere Organisation eine Kampfesorganisation ist, aber dennoch müßte gerade die Arbeitslosenfürsorge bevorzugt werden. Wenn die Krankenunterstützung von 13 auf 10 Wochen reduziert und die Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 10 Wochen erweitert wird, dann dürfte wohl den Wünschen vieler Kollegen Rechnung getragen sein. Bei der Anregung des Hauptvorstandes zu einer allgemeinen Sammlung für unsere ausgesteuerten Kollegen konnte man mit Freude konstatieren, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse noch großer Opfernmut vorhanden ist, um unsere Kollegen vor dem größten Hunger zu schützen. Einen peinlichen Eindruck machten die gegen unsere Verbandsbeamten bei dieser Gelegenheit erhobenen Vorwürfe. Es muß doch beprimierend auf unsere Beamten wirken, in solcher Weise in der öffentlichen Meinung bloßgestellt zu werden. Ich glaube, es bedürfte seitens der Kollegen durchaus keiner Aufforderung an unsere Beamten, soweit Selbstbewußtsein werden sie wohl selbst haben, ihren Obolus für die ausgesteuerten Kollegen zu opfern.

O t t o P u r p s, Schwiebus.

Der Ruf nach Ausbau der Arbeitslosenunterstützung erlönt so laut, daß man meinen könnte, der Deutsche Holzarbeiter-Verband sollte sich demnächst in eine Versicherungs-gesellschaft umwandeln. Man tritt so warm für die alten Kollegen ein. Dagegen habe ich nichts einzuwenden; man soll aber nicht vergessen, daß auch die jüngeren Kollegen Opfer bringen müssen. Oder sind das keine Opfer, wenn man wochen- oder monatlang auf der Landstraße liegt, um dann schließlich beim Dorstraute Unterlunft zu finden? Beiden Erbes läuft doch die ganze Unterstützungsfrage nur auf eine indirekte Erhöhung der Beiträge hinaus. Aber die können die kleinen Zahlstellen nicht mehr gut vertragen. Die Kollegen, die das sechzigste Lebensjahr erreicht haben und 20 bis 25 Jahre dem Verband angehören, sollen eine Altersrente von 10 M. pro Woche erhalten. Wenn nur 100 Kollegen diese Rente beziehen, macht das pro Jahr 52 000 M. Was soll aber mit den Kollegen geschehen, die zwar 60 Jahre alt, aber keine 20 Jahre organisiert sind? Wir kommen, wenn wir uns auf das Gebiet der Invalidenversicherung begeben, auf eine schiefse Bahn, auf der es kein Halten mehr gibt; in absehbarer Zeit wären wir am Ende unseres Lateins. — Es ist auch gesagt worden, der § 50 des Verbandsstatuts müsse eine Wenderung erfahren. Ich halte dies für bedenklich. Gewiß hat die letzte Werftarbeiterbewegung in weiterer Kreise Mißmut erregt. Aber deshalb können wir doch nicht gleich die Statuten ändern. Wenn man die Entschcheidung bei Lohnbewegungen der Lokalverwaltung vorbehalten will, dann werden dadurch Zustände hervorgerufen, die wir nicht wünschen. Man kann nicht zugunsten der Werftarbeiter Bedingungen schaffen, die der Bewegung nicht dienlich sind.

F r a n z B e h r e n d t, Malchin.

Zur Verlängerung des Bezugs der Arbeitslosenunterstützung bin ich der Ansicht, daß es wohl ohne Beitragserhöhung nicht abgehen kann, und sollte der Bezug auch nur um eine Woche verlängert werden. Aus bekannten Gründen darf unser Kampffonds auf keinen Fall angegriffen werden. Ich bin schon deshalb für den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung des Beitrags, weil dadurch den Folgen einer Krise, wie wir sie jetzt haben, und die voraussichtlich von recht langer Dauer sein wird, entgegengearbeitet wird, die Lasten aber dann auch gleichmäßig und rechtmäßig verteilt sind. Wir zahlten bisher 10 Pf. Beitrag für die Arbeitslosenunterstützung. Das Geld hat für sechs Wochen genügt. Dehnen wir die Unterstützung auf zehn Wochen aus und erhöhen den Beitrag

um 10 Pf., so würden 8 1/2 Pf. für die vier Wochen genügen und 3 1/2 Pf. zur Ansammlung von Reserven zur Verfügung stehen. Eine Alterspension in unserem Verbands halte ich für nicht angebracht. Wir würden dadurch unserem eigenen Unternehmen, der „Vollfürsorge“, Konkurrenz machen. Leider können die ganz alten Kollegen in der „Vollfürsorge“ keine Aufnahme mehr finden, daher ist eine teilweise oder ganze Beitragsbefreiung sehr angebracht. Man kann wohl mit der Möglichkeit rechnen, daß wir später, nach dem Ausfall der „Vollfürsorge“, auch eine Versicherung gegen Unfall und Invalidität bekommen werden, aber es empfiehlt sich, hiermit noch zu warten.

Albert Herbst, Thorn.

Unsere Unterstützungseinrichtungen müssen besser ausgebaut werden, denn wer von ihnen Gebrauch machen muß, sagt sich, es sei zu wenig. Auf der Reise ist mit 1 Mk. pro Tag nicht auszukommen. Den Vorschlägen, die dahin gehen, den Mitgliedern, die 20 oder 25 Jahre dem Verband angehören, eine Unterstützung zu zahlen, kann ich nicht beistimmen, denn es gibt noch alte Kollegen mit 40 bis 50 Jahren, die dem Verband noch nicht angehören. Wenn diese erst 20 Jahre Steuern sollen, bevor sie die Altersrente vom Verband bekommen können, da wird es schwer halten, diese zum Beitritt zu bewegen, und dennoch müssen sie gewonnen werden. Da wäre eine zehnjährige Verbandszeit genug. Es gibt ja höchstens von 100 Kollegen zehn Mann, die über 60 Jahre alt sind. Ich glaube, daß es möglich ist, mit zehnjähriger Mitgliedschaft in die vollen Rechte eintreten zu können, und alle über 60 Jahre alten Kollegen steuerfrei zu erklären. Unser Verband ist in der Lage, den wenig verdienenden Kollegen, die unter 20 Mk. die Woche arbeiten müssen, den Beitrag zu erleichtern.

Arno Sönig, Mittweida.

**Soziales.**

**Die „Selbstverwaltung“ der Krankenkassen.**

Die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen war das vornehmste Ziel, auf welches bei der Reichsversicherungsordnung hingearbeitet wurde, und dieses Ziel ist konsequent verfolgt worden. Mit riesigem Eifer wurde Material gesammelt, um den „parteilichsten Mißbrauch“ der Krankenkassenverwaltungen zu beweisen. Obwohl gewisse Arbeiterorganisationen sich redlich bemühten, ihre Scheitler zu dem Scheiterhaufen für die Selbstverwaltung der Krankenkassen herbeizutragen, erwies sich das Material für den Zweck, dem es dienen sollte, als völlig ungeeignet. Es gab wohl Krankenkassen, in denen eine böse Unterwirtschaft herrschte, aber das waren meist „sozialistische“ Kassen, die von den „Nationalen“ verwaltet wurden. Sehr verwundert waren die Vertreter der Regierung, als bei einer in das Reichsamt des Innern einberufenen Konferenz von Rassenvertretern, die der Vorbereitungen der Reichsversicherungsordnung diente, die erschienenen Arbeiter das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung der Kassen entschieden in Abrede stellten.

Auf den Gang der Dinge hatte dieses Urteil der kompetentesten Beobachter aber keinen Einfluß. Das Uebergewicht, welche die Arbeiter auf Grund ihrer Beitragsleistung bisher in der Verwaltung der Krankenkassen hatten, sollte beseitigt werden. Zu diesem Zweck war in der Regierungsvorlage vorgesehen, daß die Krankenkassenbeiträge, die bisher zu Zweidritteln von den Arbeitern und zu einem Drittel von dem Unternehmer gezahlt wurden, gehälftelt werden. Dafür sollten dann die Unternehmer im Ausschuß und im Vorstand der Krankenkassen in gleicher Stärke wie die Versicherten vertreten sein. Gegen diesen Vorschlag wurde von verschiedenen Unternehmerorganisationen scharfer Protest erhoben, der nicht ohne Wirkung blieb. Es wurde ein Ausweg gefunden, der zwar der Schläuheit seiner Väter alle Ehre macht, aber an Perfidie nichts zu wünschen übrig läßt. Auch weiterhin zahlen nunmehr die Arbeiter zwei Drittel und die Unternehmer ein Drittel der Kassenbeiträge, und für ihre Vertretung in den Organen der Kasse bleibt das gleiche Verhältnis bestehen. Aber für alle wichtigen Beschlüsse ist eine Mehrheit sowohl der Vertreter der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer erforderlich. Damit sind die Arbeiter tatsächlich entrechtet, denn in den Fällen, in welchen eine Mehrheit beider Gruppen nicht zustande kommt, entscheidet die Aufsichtsbehörde — natürlich im Sinne der Unternehmer.

Nicht genug damit, daß die Arbeiter in den Krankenkassen tatsächlich entrechtet sind, soll diesen auch noch der Schein der Selbstverwaltung genommen werden. Die Handhabung hierzu bietet der § 359 der Reichsversicherungsordnung, der den Vorstand einer Orts-, Landes- oder Innungskrankenkasse ermächtigt, Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anzustellen. Hierzu ist die Genehmigung des Oberversicherungsamtes erforderlich. Dieses kann aber für Kassen mit mehr als 10 000 Mitgliedern anordnen, daß mindestens der Geschäftsleiter in dieser Weise angestellt wird. Beamten, die in dieser Weise angestellt sind, kann die Landesregierung die Rechte und Pflichten der staatlichen und gemeindlichen Beamten übertragen.

Gemäß auf diese Bestimmung der Reichsversicherungsordnung ist die preussische Regierung bahnbrechend vorgegangen. Sie hat einen vom 18. Februar datierten Erlass an die Oberversicherungsämter herausgegeben, durch welchen den in der erwähnten Weise angestellten Beamten generell die Rechte und Pflichten von Gemeindebeamten übertragen werden. Neben dem Rassenvorstand wird dem Landrat bzw. dem Bürgermeister das Dienstaufsichtsrecht über die Beamten übertragen und diese müssen den Staatsdienst leisten. Vorher im § 359 R.V.O. den Oberversicherungsämtern ein-

geräumten Ermächtigung, in Kassen mit mehr als 10 000 Mitgliedern wenigstens den Geschäftsleiter in der bezeichneten Weise anzustellen, soll nach der Anweisung der Regierung grundsätzlich Gebrauch gemacht werden. Das Gesetz spricht zwar nur von den Geschäftsleitern der Kassen, der Regierungserlass sagt aber, daß Angestellte, die in der Kasse eine leitende Stelle einnehmen, wie Büro-, Registratur- und Kanzleivorsteher, Rassenführer, Leiter selbständiger Melde- und Zahlstellen u. a. m. in der Regel als Geschäftsleiter anzusehen sind.

Die Regierung hat aber fürsorglich auch den Fall ins Auge gefaßt, daß eine Kasse freiwillig Beamte auf Lebenszeit mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellt. In solchen Fällen ist stets die Genehmigung des Oberversicherungsamtes einzuholen, die selbstverständlich verweigert wird, wenn die betreffende Person der Behörde nicht gefällt. Außerdem hat die fürsorgliche Regierung auch Bedacht darauf genommen, daß auch Angestellte ohne Beamtenqualität nicht ohne den Willen der politischen Behörde eingestellt werden können. Für solche Angestellte ist ein Befähigungsnachweis eingeführt. Sie haben eine Prüfung abzulegen, aber endgültig entscheidet der Vorsitzende des Versicherungsamtes, also in der Regel der Landrat oder der Bürgermeister.

Die Bedeutung dieses Regierungserlasses wird in der „Kölnischen Zeitung“ zutreffend folgendermaßen charakterisiert:

„Freilich bedeutet die Verleihung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten an die Kassenbeamten auch eine erhebliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen, denn diese Kassenbeamten unterstehen der gleichen Dienstaufsicht wie Gemeindebeamte, sind also, von der Beaufsichtigung des inneren Dienstbetriebes abgesehen, dem Einfluß des Rassenvorstandes ganz entzogen. . . . Aber auch die Bewegungsfreiheit der Beamten selbst wird nicht unerheblich eingeschränkt. Während den Kassenangestellten die politische Betätigung außerhalb des Dienstes in vollem Umfang gestattet ist, müssen die Kassenbeamten, denen die Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten übertragen sind, sich sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Beschränkungen in ihrer Tätigkeit auserlegen, die von jedem Staatsbeamten gefordert werden. Da sie den Staatsdienst leisten, so sind sie auch dem König und den von ihm eingesetzten Behörden gegenüber Treue und Gehorsam schuldig. Es liegt auf der Hand, daß nunmehr die größeren Ortskrankenkassen Einrichtungen werden, die langsam und allmählich einen rein gemeindlichen Charakter annehmen.“

Das nationalliberale Blatt, welches mit dem Vorgehen der Regierung natürlich durchaus einverstanden ist, hat die Punkte, auf welche es antommt, ganz richtig hervorgehoben. Die Krankenkassenbeamten sollen sich künftig politisch nur noch regierungstreu betätigen dürfen. Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen wird nicht nur eingeschränkt, es wird tatsächlich ganz beseitigt, denn die Kassen erhalten gemeindlichen Charakter. Die Mitglieder der Kassen haben das Recht, Beiträge zu zahlen und die Beamten zu besolden. Ueber die Anstellung und die Tätigkeit der Beamten verfügt aber der Landrat und der Bürgermeister. Neben diesen hat der Rassenvorstand nur noch die Rolle des Statisten. Das ist das preussische Ideal der „Selbstverwaltung“, das in den anderen Bundesstaaten jedenfalls sehr bald Nachahmung finden wird.

Die „Vollfürsorge“ ist vogelfrei, zu dieser Meinung könnte man kommen, wenn man sieht, mit welchem Wohlwollen die deutsche Justiz die Verleumder der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft behandelt. Um der „Vollfürsorge“ das Wasser abzugraben, wurden zwei Gesellschaften gegründet. Die öffentliche Lebensversicherungsanstalt, unter der Leitung des Generallandschaftsdirektors Rapp in Königsberg, und die Deutsche Volksversicherung A.-G., bei welcher eine Anzahl privater Versicherungsgesellschaften die Dinge schieben, und welcher der ganze Heerbann der „christlichen“ und „nationalen“ Vereine die Zutreiberdienste leistet. Beide Gesellschaften sind sich spinnfeind, aber im Verleumden der „Vollfürsorge“ sind sie einig. Beide haben, wenn auch in verschiedener Form, der „Vollfürsorge“ den Vorwurf gemacht, daß sie sozialdemokratischen Zwecken diene. Herr Rapp hat in seinem Geschäftsbericht behauptet, die „Vollfürsorge“ würde mit ihren Kapitalien Mißbrauch treiben und von ihren Hypothekenschuldnern verlangen, daß sie sozialdemokratisch wählen. In den Flugblättern der Deutschen Volksversicherung A.-G. hieß es, die Gelder der bei der „Vollfürsorge“ Versicherten würden dazu dienen, der Sozialdemokratie einen starken Kriegsschlag zu schaffen. Diese Vorwürfe sind an sich absurd, denn die „Vollfürsorge“ hat mit der Sozialdemokratie nichts zu schaffen. Es ist gesehlich unzulässig, ihre Gelder im Interesse einer politischen Partei zu verwenden, und das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung, dem die „Vollfürsorge“ untersteht, wacht über die statuten- und gesetzmäßige Verwendung des Vermögens. Das wissen auch die Verleumder, aber sie spekulieren auf die Urteilslosigkeit des großen Publikums, das durch solche Häubergeschichten vor der Versicherungsnahme bei der „Vollfürsorge“ abgeschreckt werden soll.

Gegen diese unlauteren Konfurrenzmanöver suchte der Vorstand der „Vollfürsorge“ den Schut der Gerichte nach. Die Verleumder sollten ihre Behauptungen beweisen oder unterlassen. Gegen den Generallandschaftsdirektor Rapp wurde Klage beim Landgericht Königsberg erhoben. Gegen diese Klage erhob der preussische Minister für Landwirtschaft den Konflikt. Das besagt, er betrachtet den Herrn Rapp als einen Staatsbeamten, der unter dem Schutze der Staatshoheit ungestraft verleumden darf. Das Verfahren ist daraufhin ausgefetzt worden. Zunächst hat jetzt das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden, ob es fortgeführt werden darf oder ob der Generallandschaftsdirektor tatsächlich Verleumdungsfreiheit genießt.

Gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G. wurde beim Landgericht II Berlin auf Unterlassung der verdächtigen Behauptung geklagt. Am 16. Februar wurde vor der Kammer für Handelsachen verhandelt. Das Urteil lautete auf Abweisung der Klage der „Vollfürsorge“. Diese wurde auch zur Tragung der Kosten verurteilt. Am 4. März wurden die Gründe für dieses sonderbare Urteil mitgeteilt, die ebenso sonderbar sind wie das Urteil selbst. Im wesentlichen besagt die Begründung, daß die Behauptungen der Deutschen Volksversicherung A.-G. falsch sind. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bezieht sich auf die Behauptung oder Verbreitung von Tatsachen. Das was die Deutsche Volksversicherung A.-G. in ihren Flugblättern behauptet, läßt sich nicht beweisen, also ist es keine Tatsache, also hat sich die Deutsche Volksversicherung A.-G. nicht gegen das Gesetz vergangen. Wer so etwas liest, wird den Kopf schütteln, aber es ist tatsächlich der Inhalt des Urteils. Das Urteil sagt an einer Stelle ausdrücklich: „Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet werden.“ In einer anderen Stelle wird ausgeführt, daß es sich bei der Beklagten nur um „Anschlagsäußerungen“ handele, die der Anwendung des Wettbewerbsgesetzes nicht unterliegen. — Wir möchten niemandem raten, seine Ansicht über dieses Urteil unverholen zu äußern. Eine solche „Anschlagsäußerung“ könnte dem Betroffenen teuer zu stehen kommen.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, es wird noch vom Kammergericht nachgeprüft werden. Inzwischen werden die Verleumdungen, die nach Ansicht des Gerichts nur „Anschlagsäußerungen“ sind, munter weiterverbreitet. Allerdings haben sie nicht die Wirkung, welche die Feinde der „Vollfürsorge“ von ihr erwarten. Bis Ende Februar waren bereits über 100 000 Policen der „Vollfürsorge“ ausgestellt. Der Verleumdungsflugzug, der unter der Begünstigung der Verwaltungs- und Justizbehörden gegen die „Vollfürsorge“ geführt wird, muß die Wirkung haben, ihr immer neue Anhänger zuzuführen.

Fortschritte der Arbeitslosenfürsorge. Langsam aber stetig bricht sich auch in den öffentlichen Körperschaften der Gedanke Bahn, daß auch die Allgemeinheit sich der Opfer unserer Wirtschaftsordnung annehmen müsse. Freilich sind die Schritte in dieser Richtung durchweg zaghaft und auch nur vereinzelt. Dazu begegnet man den Arbeitslosen meist mit einem nicht berechtigten Mißtrauen. Man begnügt sich mit einmaligen Unterstützungen oder mit zinsfreien Darlehen oder verkaufte die Bestimmungen so, daß vielen ihre Benutzung erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Das alles aber darf die Arbeiterschaft nicht abhalten, auch schon von den jetzt gebotenen Anfängen einer Arbeitslosenfürsorge Gebrauch zu machen und auf deren Ausbau und Verallgemeinerung hinzuwirken.

Ueber die Einführung einer dauernden Arbeitslosenversicherung ist allerdings aus neuerer Zeit nur von zwei kleineren Orten zu berichten. Die pfälzische Stadt Frankfurt a. M. beschloß, eine solche nach dem Mannheimer Muster einzuführen. Dann hat in Sachsen-Altenburg das Dorf Friedrichshaid bei Ronneburg als erste Gemeinde des Ländchens von den seitens des Staates zur Verfügung gestellten 45 000 Mk. zu Zuschüssen Gebrauch gemacht. Die Gemeinde will eine Unterstützung von wöchentlich 3 Mk. auf die Dauer von sechs Wochen gewähren. Sie erhält die Hälfte der verausgabten Summe aus der Staatskasse zurück. Besonders groß werden allerdings deren Opfer nicht zu sein brauchen, denn man hofft mit insgesamt 200 Mk. im Jahre auszukommen. Das Dorf zählt nur etwa 1000 Einwohner.

Nachwirkender dürfte da schon die Maßnahme des bayerischen Staates werden, der zu Zuschüssen an Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, 75 000 Mk. für das nächste Jahr bereitstellt. Die Kammer der Abgeordneten hat am 12. März einem diesbezüglichen Antrag der Staatsregierung zugestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verdoppelung des für das industriereiche Bayern recht beschiedenen Betrages verfiel der Ablehnung. Gegen jede Bewilligung waren die Bauernbündler und ein Teil der Zentrumsabgeordneten. Die Regierung hat erklärt, daß für die Jahre 1916 und 1917 eine Erhöhung auf 100 000 Mk. in Aussicht genommen sei, das Ganze sei aber nur ein Versuch, von dessen Ausfall die endgültige Stellungnahme abhängt. Die gute Wirkung der ganzen Maßnahme wird allerdings zu einem guten Teil durch die bürokratischen Bestimmungen der Ausführungsbehörde wieder illusorisch gemacht. So stellen die „Grundzüge“ für die Gewährung des staatlichen Zuschusses die Bedingung auf, daß Ausländer und weibliche Personen völlig ausgeschlossen werden müssen; ehemals ländliche Arbeiter dürfen sich erst versichern, nachdem sie drei Jahre lang aus der ländlichen Beschäftigung ausgeschieden sind, die Zuschüsse dürfen den Versicherten nicht direkt durch die Gewerkschaften ausbezahlt werden, sondern nur durch Gemeindebeamten. Dazu kommen noch zahlreiche andere kleinlich-bürokratische Bestimmungen, die durch die Praxis anderer Orte bereits längst als überflüssig erkannt sind. Die Wirkungen dieser staatlichen Hilfe bleiben also abzuwarten.

Bei den einmaligen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt es sich zumeist um die Erhöhung und Nachbewilligung ausgeworfener Summen. So hat Dresden zu den schon früher in zwei Raten bewilligten 45 000 Mk. weitere 10 000 Mk. hinzufügen müssen; Mainz und Frankfurt a. M. haben je 20 000 Mk. nachbewilligt; hier hat aber der Magistrat, entgegen einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung und trotzdem die Zahl der Arbeitslosen noch sehr groß ist, die Unterstützung mit Ende Februar eingestellt. Fürth i. B. hat den zu Weihnachten verteilten 10 000 Mk. eine gleich hohe Summe folgen lassen, dafür aber jetzt die zahlreichen Nichttheilhaberbestigten vom Bezuge ausgeschlossen. Neu bewilligt hat Regensburg 5000 Mk. und Memmingen 500 Mk. In München wurden insgesamt 170 800 Mk. zur Unterstützung Arbeitsloser aufgebracht. Davon hat die Gemeinde 90 000 Mk. bewilligt, 20 000 Mk. kamen aus dem Münchener Hilfsfonds und 60 800 Mk. aus öffentlichen Sammlungen. Ab 16. März soll die Unterstützungaktion eingestellt und die noch verbleibende Restsumme zur Unterstützung von in München beheimateten kinderreichen Familienvätern verwendet werden.







